

nehmen, nicht nur in Ausnahmefällen, sondern systematisch, nicht nur bei Industrie und Gewerbe, sondern auch bei der Landwirtschaft. Und nicht nur an diesen Zwischengewinnen, am Produktionsertrag überhaupt muß das Reich beteiligt werden.

Aber auch die Beteiligung des Reichs an den Erträgen der Volkswirtschaft, die auch eine raffinierte Steuertechnik immer nur in unzulänglicher Weise erfassen würde, genügt nicht, um in den nächsten Jahren die großen Zahlungen zu leisten. Bei noch so großer Anstrengung wird die geschwächte deutsche Wirtschaft in der nächsten Zukunft ihre Erträge nicht zu verdoppeln vermögen, wie sie es müßte, wenn wir die Aussicht gewinnen wollten, auf diesem Wege durchzukommen. Es geht nicht ohne den Eingriff in die Vermögenssubstantz, soweit sie in Sachwerten besteht. Ein Zugriff auf seine Geldvermögen ist bei deren Entwertung kaum mehr möglich, jedenfalls nicht innerhalb gewisser Vermögensgrenzen. Die Besitzer von der Wertsetzung verschont gebliebener Realvermögen dagegen, die ihre bisherigen Steuerlasten auf die Verbraucher abgewälzt haben, die heute gegenüber den Geldkapitalbesitzern um sovielmal günstiger gestellt sind, als die Papiermark in der Goldmark enthalten ist, sind es der Volksgemeinschaft schuldig, einen Teil ihres Vermögens zu opfern. Der Weg ist gezeigt mit der vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagenen sogenannten Goldhypothek auf den Grundbesitz und der Aktienbeteiligung an den auf gesellschaftlicher Grundlage beruhenden industriellen und Handelsunternehmungen. Persönliche Unternehmungen dieser Art lassen sich durch den Gesellschaftszwang bis zu bestimmten Grenzen oder durch andere Belastungsformen heranziehen. Selbstverständlich ist, daß keine Realvermögen freizulassen sind. Das Reich kann nicht jede Zwerghauswirtschaft mit einer Hypothek zu seinen Gunsten belasten.

Mit einem solchen Zugriff in die Substanz werden der Wirtschaft keine Produktionsmittel entzogen, sondern nur das Besitztum an den Produktionsmitteln geht zu einem Teil, es war von einem Fünftel die Rede, aufs Reich über. Die Belastung kann ohne die Ungleichheiten und Härten, die sich in der Vermögensbewertung bei Veranlagung des Reichsnotopfers nach einem bestimmten Stichtag ergeben haben, erfolgen, wenn die Friedensgoldwerte zugrundegelegt und nach dem heutigen Marktwert umgerechnet werden. Bei dem Zugriff unmittelbar an der Quelle sind dem Reich die Erträge seiner Gewinnanteile viel sicherer, als irgendwelche dem Realbesitz aufzuerlegende Steuern. Eine Kapital- oder Steuerflucht ins Ausland ist nicht möglich. In vielen Fällen kann die dingliche Last sofort abgelöst werden mit den enorm gestiegenen Erträgen der Realvermögen. Nur auf dieser Grundlage wird eine größere Kreditaufnahme im Auslande möglich sein, die für die Uebergangszeit unentbehrlich ist.

Nicht eine Auslieferung der deutschen Vermögenssubstantz ans Ausland ist geplant. Vielmehr soll die Auslieferung, richtiger Verschleuderung deutscher Vermögenssubstantz, die in großem Umfange bereits im Gange ist, durch die Sanierung unserer Finanzen unterbunden werden. Der Krieg hat große Teile der deutschen Vermögenssubstantz vernichtet, die zunehmende Verschuldung rüft weitere Bruchteile derselben auf, persönliche Gewinnsucht und wirtschaftliche Not überführt weitere Teile in die Hände der ausländischen Kapitalisten. Es ist höchste Zeit, daß dieser Entwicklung Halt geboten wird. Dazu sind aber große Maßnahmen erforderlich.

Tauschen wir uns nicht: es gibt keinen anderen Weg, dem Untergang zu entrichten. Erwirbt sich das Reich nicht aus eigenem Entschluß die Fähigkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen, so wird es eines Tages vor einem Befehl der Entente stehen. Befolgt es diesen nicht, so wird die Entente von ihrer Gewalt Gebrauch machen und viel brutaler zugreifen, als es bei einem Vorgehen aus freiem Willen geschehen müßte. Oft genug haben wir uns zu großen Entschlüssen erst aufgerafft, als es zu spät war. In diese Lage dürfen wir nicht wieder kommen. „Alles geben

wir hin!“ hat der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates in den Kriegsjahren, als es große Eroberungsziele zu verfolgen galt, ins Land hinausgerufen. Die Landwirtschaft, zumal die mittlere und große, hat nicht alles hingeggeben, sondern alles gewonnen, was aus dem Krieg und dem Zusammenbruch zu gewinnen war. Sie soll auch jetzt nicht alles hingeben. Nur einen Bruchteil ihres gestärkten Vermögens soll sie dem Vaterland zur Verfügung stellen. Nicht damit das Vaterland diese Vermögensstücke in Verfolgung eines imperialistischen Phantoms in Pulverdampf und Rauch aufgehen lasse, sondern damit es sie verwende zu seiner eigenen Rettung. Und die Besitzer realer Vermögenswerte anderer Art sollen ein gleiches tun. Für diejenigen Volksteile, die nicht zu den glücklichen Besitzern von Realvermögen zählen, wird an Lasten noch genug zu tragen übrig bleiben.

Sprengkammern in den Rheinbrücken.

Ein deutscher Protest gegen die Anlegung von Sprengkammern in den Pfeilern der großen Rheinbrücken ist von der Reichstagskonferenz unter Hinweis auf die militärische Notwendigkeit für die Rheinarmee zurückgewiesen worden.

Nach „Echo de Paris“ wird man die Auslieferung der Aufmarschpläne des ehemaligen deutschen Generalstabs verlangen.

Verleumder ohne Ende.

Die ostpreussischen Junker und Volkswandbeuter arbeiten seit Jahren am Sturze des Königsberger Polizeipräsidenten, Genossen Läßbring. Da er als Beamter aber voll auf seine Pflicht erfüllt, versuchen es die Dunkelmänner, ihn durch gemeinsame Erbschneiderei aus dem Wege zu räumen. Dieser Tage hatte das „Freie Wort“ in Offen behauptet, Genosse Läßbring habe gegenüber seiner Mutter und Schwiegermutter die Sohnespflichten vernachlässigt. Der Verleumdete erhob Klage, und noch bevor das Gericht das Urteil fällt, verpflichtete sich der belagte Redakteur des „Freien Wortes“ zur Veröffentlichung folgender Erklärung:

„Ich habe mich auf Grund des Ergebnisses der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht davon überzeugt, daß ich die gegen den Polizeipräsidenten Läßbring erhobenen Vorwürfe, er sei wegen entsetzlicher Verbrechen und Vergehen bestraft, und er habe seine Sohnespflichten gegenüber seiner Mutter verletzt, nicht aufrechterhalten kann und nehme sie deswegen mit Bedauern zurück.“

Der Kläger zog hierauf die Klage zurück. Kurze Zeit darauf konnte man in der „Wiesbadener Zeitung“, im „Volksanzeiger“ und ebenso in Stegerwalds Organ „Der Deutsche“ genau die gleichen verlogenen Angaben über Läßbring lesen, nur wgr alles noch etwas mehr ausgeschmückt. Bezeichnend für das moralische Niveau der Reichspresse!

Vor der Rühriner Strafkammer stand unlängst Termin gegen den früheren Kreisingenieur W. an, der dem kommissarischen Landrat Fiehn, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, nachgeredet hatte, er habe sich von einem Unternehmen für Begünstigungen von Aufträgen private Vorteile erwirkt. Diese Verleumdungen machte sich der Landrat a. D. von der Osten zu eigen und forderte in einem Bericht an den preussischen Innenminister die sofortige Entfernung Fiehns aus seinem Landratsamt. In der Verhandlung ergab sich auf Grund der Beweisaufnahme die völlige Haltlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen. Um eine mildere Strafe zu erhalten, erkannte der Angeklagte dies am Schluß der Verhandlung in einer zu Protokoll gegebenen Erklärung an. Er wurde zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

In einer in Köln erscheinenden Zeitschrift, die sich die „Sozialistische Republik“ nennt, waren gegen den Reichspräsidenten Ebert sowie gegen die früheren Minister Severing und Haenisch eine Reihe der bödesten Verleumdungen ausgestreut worden. Vom Landgericht Köln wurde jetzt der Schriftleiter des Blattes, Wolfgang Bartels, wegen Beleidigung der genannten sozialistischen Politiker zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Gemeindearbeiterstreik?

3000 Funktionäre des Lohnkartells der Gemeindearbeiter nahmen gestern Stellung zur Streikfrage. Der Magistrat lehnte es ab, einen vom Reichsarbeitsministerium zu berufenden Schlichtungsausschuß anzuerkennen. Er erklärte sich zwar bereit, mit der Dreifachkonferenz zu verhandeln, jedoch sei weder auf Zugeständnisse in finanzieller Beziehung noch hinsichtlich des Mitbestimmungsrechts zu rechnen.

Die Versammlung beschloß einstimmig:
1. über die Frage des Solidaritätsstreiks heute in allen Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen,
2. den Arbeitern zu empfehlen, für den Eintritt in den Streik zu stimmen.

Noch ist es Zeit — allerhöchste Zeit freilich — für den Magistrat, durch möglichstes Entgegenkommen die drohende Lahmlegung der gesamten städtischen Betriebe zu verhindern. Zu diesem Zweck darf nichts unversucht bleiben, was irgend dazu dienen kann, die Differenzen beizulegen. (Siehe auch unter Gewerkschaftsbewegung.)

Vorschläge zur Erwerbslosenfürsorge.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hielt am 5. Juli eine gemeinsame Sitzung mit dem sozialpolitischen Ausschuß ab, um über die Vorschläge des gemeinsamen Unterausschusses zur Erwerbslosenfürsorge zu beraten. Dabei wurden die Vorschläge des Unterausschusses, wie dem BPP mitgeteilt wird, einstimmig gutgeheißen und eine allgemeine Begründung mit Mehrheit angenommen.

Zu dem Kapitel „Unterstützende Erwerbslosenfürsorge“ schlägt der Reichswirtschaftsrat folgende Forderungen vor:

1. Der beschleunigte Erlass der Befehle über den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenversicherung.
2. Bis dahin hat in Fällen dringenden Bedürfnisses eine Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge nach folgenden Richtungen hin zu erfolgen:

- a) bei andauernder Erwerbslosigkeit über 4 Wochen durch Erhöhung der Unterstützungssätze;
- b) bei einer Fortdauer der Erwerbslosigkeit über 3 Monate außerdem durch Naturalzulagen;
- c) im Rahmen der bestehenden Erwerbslosenunterstützung durch eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Weibliche und Jugendliche.

Durch diese Erhöhungen darf allerdings die notwendige Spannung zwischen den Unterstützungssätzen und den normalen Arbeitslöhnen der einzelnen Personengruppen nicht gefährdet werden.

3. In Gemeinden mit großer Erwerbslosigkeit hat eine anderweitige Verteilung der Erwerbslosenlasten zugunsten der Gemeinde zu erfolgen.

Unter „Produktiver Erwerbslosenfürsorge“ wird gefordert:

- a) möglichste Verbreiterung der Basis der Auftragsvergebung und möglichste Berücksichtigung aller Betriebe mit hinreichender Leistungsfähigkeit;
- b) bevorzugte Beteiligung der Gebiete mit übermäßig hoher oder langandauernder Erwerbslosigkeit unter Umstellung auf andere Erzeugnisse;
- c) Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeit innerhalb der einzelnen Betriebe, so durch Kurzarbeit, jedoch ohne daß dadurch eine Erschütterung der Produktion eintritt.

„Majestät Schönlanke.“ Der Alldeutsche Verband hatte dieser Tage in den Städten der Grenzmarken Sonnenfeste veranstaltet. In einigen Städten wie Hammerstein, Schönlanke u. a. veranfaltete die Arbeiterschaft gegen diese ganz im reaktionären Sinn gehaltenen Feiern Gegendemonstrationen. Aus Wut darüber tobt die „Deutsche Zeitung“ gegen die Majestät Schönlanke und läßt an den jährlichen Einwohnern von Schönlanke ihren Zorn aus. Im ganzen Grenzgebiet haben bekanntlich die Juden zur Sache Deutschlands gestanden, nicht zur Sache des Alldeutertums. In Oberschlesien sind sie dafür so mander Verfolgung durch die Polen ausgesetzt gewesen, und im Innern Polens hat der polnische Nationalismus ungeniert an ihnen Rache genommen. Die „Deutsche Zeitung“ zeigt nun, wie man es anfangen muß, um weitere Sympathien für Deutschland in den Grenzmarken zu werben!

Serienbilder von der Ostsee.

Ankunft.

Der Zug rollt ein. „Seebad A! Aussteigen!“ Rann? Vor unserem Abteil steht eine Schwester mit 10 Ferienkindern in Reih und Glied, alle haben die banterotte wilhelminische Kriegsfärbung in der Kleidung. „Halt die Seelut an“, denke ich. Aber der Empfang galt nicht mir, sondern fünf kleinen Berliner Proletariatskindern, die unter dieser Flagge sicher in die richtige „Erholung“ hineingeführt werden.

Am Kurhaus.

Davor stehen zwei Herren, Strandmützen mit Kaiserkrone und schwarz-weiß-roter Kordate, Glaspfitter im Auge. Mein Stepte, der sich über Baterns Ankunft besonders freut, ruft: „Sieh mal, Vater, da ganz oben, das Plakat hast Du auch immer angeklebt bei der Bahl.“ „Stimmt, mein Junge, wählt SPD.“ Da bemerkt die Strandmütze: „Ach — schreckliches Plakat, müßte wahrhaftig verschwinden.“ „Bitte gleichfalls“, sage ich. „Unangenehmer Mensch“, trägt die andere Mütze. „Stimmt“, sage ich. „Ihnen immer unangenehm!“

Auf der Strandbrücke.

Weit draußen in der See fahren Kriegsschiffe. Jemand fragt: „Können Sie erkennen, ob es ein ausländisches Geschwader ist?“ „Bejaure.“ „Sicher“, sagt der Jemand, „das sind Ausländer, die führen ja keine Flagge, dazu sind sie zu feige.“ Ein alter Seebär brummt: „Sind deutsche Torpedoboot.“ Herr Jemand drückt sich englisch. Eins der Boote kommt näher. Ein Herr, dem „jede Nummer eine Sensation“ aus der Rodafische herausquillt, sagt unterm Krimsticker zu seinem Nachbarn, der sich von ihm nur durch einen Schmiss auf der Bode unterscheidet: „Ach, haben ja endlich alte Kriegsschiffe an Bord geholt, frohartig!“ „Habe das auch mit Beugung festgestellt“, sagt Schmissbade, „der alte Geist lebt wieder.“ Mein Stepte ruft: „Die haben ja eine Kanone drauf, auf wen schießen sie denn damit?“ „Auf Menschen.“ „Das ist aber nicht schön, Vater.“ „Rein, Junge, keiner gibt es Menschen, die davon nie genug bekommen.“ Herr Krimsticker und Schmissbades Blicke vernichten uns.

Im Leuchtturm.

286 Stufen klettern wir in die Höhe. Als wir 153 zählen, sieht an der weißen Wand hoch oben ein großes Halbkreuz. „Orden für Juchthäuser“ schreibe ich dir dicht darunter. Beim Abstieg stehen drei Kassecke davor: „Verluchter Schmierfink, Orden für Juchthäuser, unglaubliche Frechheit.“ „Finden Sie nicht auch?“ fragt mich der eine. „Gewiß“, sage ich, „ich halte die Halbkreuzler auch für pervers — ach, Sie tragen ja auch eins, herrlichste Teilnahme. Adieu!“

Kurkonzert.

Die Kapelle spielt: „Mädchen sind wie die Engelchen“. Alles Weibliche jumpt mit. Ein kleines Ding von vier Jahren tanzt zum

Entzünden aller umfingenden „Lanten“. Die Mutter sagt: „So, Viktorio-Luise, nun hör auf.“ „Rein, ich will noch tanzen!“ „Du hörst jetzt auf!“ „Rein, ich will aber nicht!“ Der Mutter reißt die Geduld, sie tippt mit einer kleinen Hundepfote auf die Finger der Tänzerin. Bei allen „Lanten“ große Empörung: „Solche Rohheit, ein Kind zu schlagen!“ Die Nebenbänke, die nichts gesehen, werden auch mobil, bald klingelt im Chor: „Die arme Kleine! entmenschte Mutter! Kind blutig geschlagen!“ usw. Die Mutter stüchelt mit Viktorio-Luise, hinter ihr ein Haufe Bessener. „Eine Polin ist’s!“ Das wirkt wie eine Bombe. „Hundepfote raus — raus — kurzen Prozeß — raus — is in Polen Rade, aber nicht in Deutschland.“ „Sie ist gar keine Polin“, rufe ich, „sie ist ja eine Rittergutsbesitzerin aus Mecklenburg.“ Die Erregung legt sich etwas. Aber eine Stimme piepst noch: „Auf deutschen Rittergütern prüßelt man nicht mit Hundepfoten!“ „Sie täuschen sich, meine Dame, mit Reih- und Hundepfoten, ja sogar mit Hundeselber wurden wir mit unseren sozialdemokratischen Flugblättern runtergejagt.“ . . . Die Ruff spielt den altpreussischen Grenadiermarsch.

Am Strand.

Mein Nachbar hat um seinen Strandkorb eine Sandburg geschaukelt und drei Fahnen reingesteckt. Die schwarz-weiß-rote, die Balken-Kriegsflagge und eine mit dem Bilde Wilhelms des Ausgeriffenen. Wir wollten auch eine Fahne, aber die Händler im Ort waren auf unseren Gesand nicht eingestellt. Im benachbarten Sw. trieben wir endlich eine schwarz-rot-goldene auf und von unserer Wirtin erhandelt wir eine Zuggardine, die eine tadellose rote Fahne abgab. Am nächsten Morgen prangte unsere Burg im Fahnenhimmel. Als mein Nachbar kam, fing sein Strandkorb bald an, immer weiter von uns wegzurutschen. „Fhui Deibel, der Prolete verkauft den ganzen Strand!“ — und seitdem buddelt er hinter dem Damenbad. „Unangenehmer Mensch, ich . . .“ Rud bed.

Sudermanns Schadenersatz. Sudermann hat Pech in Berlin. Zwar die Ratter pouffieren ihn, aber das Staatstheater mußte erst durch Gerichtsentscheid zur Aufführung des angenommenen „Wald im Winkel“ angehalten werden (und die erzwungene Aufführung verlor). Ein anderes noch nicht ausgeführtes Schauspiel „Notruf“ ist zwar von Reinhard Bernauer für die königgräzer Strafe erworben, aber nicht ausgeführt worden, weil sie von dem die deutsche Revolution behandelnden Stücke, das allen Parteien zugeht, Theaterlandale beschüteten. Sudermann hat nun das Bühnenschiedsgericht angerufen. Da die Direktion sich nicht verpflichten wollte, den „Notruf“ in der von Sudermann gewünschten Zeit zwischen 1. Oktober und 1. Februar aufzuführen, fällt das Schiedsgericht sein Urteil. Der zu leistende Schadenersatz wird auf 50 000 M. angesetzt. Auf diese Summe sollen jedoch die dem Autor zustehenden Lantienmen angerechnet werden, wenn der „Notruf“ zu fassen dem 20. September und Weihnachten 1921 oder im Januar oder Februar 1922 in lokaler Inszenierung aufgeführt wird.

Der Südpolarforscher Shackleton hat einen Geldgeber gefunden und beabsichtigt daher einen Vorstoß in die noch nicht kartographisch aufgenommenen Meere des Südpolarkreises zu unternehmen. Er wird zum erstenmal das Seeflugzeug richtig für seine Beobachtungen ausnutzen, da es erlaubt, die Eisverhältnisse weithin zu überblicken. Auf der Hinreise will Shackleton auf einer Reihe sehr langen nicht besuchter Inseln des Atlantischen und Stillen Ozeans (Rocas of St. Paul und Goughinsel) Station machen und ihr Tierleben kinematographisch aufnehmen. Im Polargebiet hofft Shackleton reiche Arbeit zu leisten; drei Viertel des großen Polkontinents sind noch aufzunehmen.

Die militärischen Lehren des Krieges. Der Kommandant des Pariser Nationalinstituts der Invasiden, General Molletere, einer der hervorragenden Militärwissenschaftler Frankreichs, hat dieser Tage vor der Pariser Akademie für politische Wissenschaften einen Vortrag über die Prinzipien einer neuen Heeresorganisation gemäß den Erfahrungen des letzten Krieges gehalten. Die Hauptlehre des Krieges sah er in die Formel zusammen: das Gesetz des Materials beherrscht das Gesetz der Zahl. Die Fortschritte der Wissenschaft haben in die Hand der Kämpfenden so fürchterliche Zerstörungswerte gelegt, deren Gewalt nur wachsen kann, daß alle Taktik des Krieges vollkommen modifiziert ist. Der persönliche zwangsmäßige Militärdienst wird umgestaltet werden können zu einem Dienst an den Spezialaufgaben jeder Art, die neben der Kriegswerkstatt eine neue Facharmee bilden werden. Das bewaffnete Volk wird durch ein Minimum von Menschen an der Schlachtfeld charakterisiert sein, während der ganze Rest in der Heereswerkstatt ist. In der Verwirklichung einer solchen militärischen Organisation in Frankreich sieht der General ein Mittel, um jeden europäischen Krieg zu schnellem Scheitern zu verurteilen und so vielleicht den Weg zur Vermeidung jeder Friedensverletzung.

Das ist natürlich ein Jertum. Kein Volk kann auf die Dauer seine militärische Diktatur sichern.

Theaterchronik. Im Theater des Westens wird am Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, als Kinderdarstellung das Märchen „Hänsel und Gretel“ gegeben.

Der Speerwerfer. Am Hindenburgplatz, an der Kaiser-Allee in Wilmersdorf, ist jetzt der bronzene Speerwerfer von Karl Müllers, dem Berliner Bildhauer, aufgestellt worden. Das überlebensgroße Werk wurde 1913 auf der Kunstausstellung im Berliner Glaspalast bekannt.

Ein Gemälde von Greco. Dem seltsamen griechisch-italienischen Maler, glänzt der Münchener Kunsthistoriker Prof. August S. Wäber in einem kleinen Bildnis des Kaiser-Friedrich-Museums entdeckt zu haben. Es wäre das der erste und einzige Greco, den die Berliner Galerie besitzt. Allerdings handelt es sich um kein Originalwerk, sondern nur um eine Kopie nach Tizians Porträt des Hannucio Farnese.

Eine deutsche Darstellung des Weltkrieges bearbeitet z. St. das Reichsarchiv. In ihr werden zum ersten Male planmäßig die amtlichen Aktenbestände (sowie die von privater Seite zugegangenen Nachrichten) verwendet. Nicht nur die militärische, sondern auch die politische und wirtschaftliche Geschichte des Krieges wird dargestellt und die kulturelle und soziale Entwicklung in Deutschland während dieser Jahre geschildert. Der erste Band soll im Herbst 1922 erscheinen.

Ein Zentralkunstabureau in Russland. Beim Volkskommissariat für Kunst wurde ein Zentralkunstabureau errichtet, das alle Kunstabteilungen leiten und zusammenfassen soll.

Jagow-Debatte im Reichstag.

Am Reichstag wurden am Dienstag zunächst keine Anfragen erledigt. Dem Abg. Künzler (U. Soz.) wird geantwortet, daß die Kosten des Ballistikunternehmens zurzeit noch nicht ziffernmäßig feststehen, da einige größere Forderungen noch nicht anerkannt werden konnten.

Ein dem Beamtenauschuss überwiesener Antrag über die Beschäftigungszulagen wird nach den Erklärungen der Reichsregierung als erledigt angesehen, ebenso ein Antrag über die Stellen der Regierungsapotheker.

Die Angestelltenversicherung.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs auf Gewährung von Beihilfen an Rentempfänger aus der Angestelltenversicherung.

Abg. Erkelenz (Dem.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die Beihilfe beträgt für Ruhegeldempfänger monatlich 70 M., für Witwen- und Witwerrentner monatlich 75 M. und für Waisenrentner monatlich 80 M.

Abg. Lambach (Dnat.): Die Sozialdemokraten haben im Ausschuss ihrem eigenen Koalitionsminister die Rosette zur Angestelltenversicherung zerissen vor die Füße geworfen.

Abg. Thiel (D. Sp.): Der Antrag Erkelenz zeigt, daß sich einzelne bürgerliche Parteien von den Sozialdemokraten haben machen lassen.

Abg. Borch (Komm.): Der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten muß aufhören. Die Gesellschaft muß die zu Schäden gekommenen Opfer des kapitalistischen Systems gleichmäßig behandeln und sicherstellen.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Reden der Rechten haben auf Verdrehung der Tatsachen. Sie haben uns Dinge unterschoben und dagegen polemisiert, an die wir gar nicht denken. Es handelt sich doch nur um einen Notbehelf, der mit der endgültigen Regelung der Angestelltenversicherung gar nichts zu tun hat.

Abg. André (S.): Die Gesetzesvorlage ist äußerst mangelhaft vorbereitet worden. Die Frage, ob die A.V.D. und die Angestelltenversicherungsordnung verschmolzen werden sollen, bedarf ernsthafter Erwägungen.

Abg. Schwarzer (D. Sp.): Mit einer Regelung, wie sie die Anträge der Rechten vorsehen, können sich die Angestellten nicht zufrieden geben.

Abg. Karsten (U. Soz.): Da die Gehaltsgrenzen nicht beseitigt werden konnten, mühten wir uns dem vorliegenden Antrage unterzueignen.

Abg. Erkelenz (Dem.): Die Rechte wollte ja in ihren Anträgen noch weiter gehen. Sie wollten noch höhere Beitragsklassen schaffen.

Der grundlegende § 1 der Rentenvorlage wird einstimmig angenommen. — Zum § 4a bittet der preussische Handelsminister um Beseitigung dieser Bestimmung, da der Paragraph überflüssig ist.

Einstimmig wird die Bestimmung, wonach nur Männer wählbar sind, gestrichen. Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen.

Zurückgestellte Abstimmungen zum Etat.

Ein Antrag der Linken, die Forderung für die Weisverbilligung zu streichen, wird abgelehnt, ein deutschnationaler Antrag, Zeitungsdruckpapier billiger zu beschaffen, gegen die Kommunisten angenommen.

Der Fall Jagow.

Zur Beratung gestellt werden alsdann die Interpellationen über den Stand des Verfahrens gegen Traugott v. Jagow.

Abg. Dr. Spahn (S.) begründet die Interpellation der Koalitionsparteien. Der Reichsjustizminister hat im Reichstag erklärt, der Haftbefehl gegen Jagow sei nicht ausgeführt worden, weil er krank sei.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.) begründet die Interpellation seiner Partei. Wir treten nach wie vor für humane Behandlung besonders der politischen Gefangenen ein.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.) begründet die Interpellation seiner Partei. Wir treten nach wie vor für humane Behandlung besonders der politischen Gefangenen ein. Da aber die Justiz besonders gegen Arbeiter sehr rücksichtslos verfährt, verlangen wir gleiches Maß auch gegen Rechts.

blutigen Affären gegen die Wahlrechtsdemonstranten

machten ihm nichts aus. Vielleicht wenden Sie Ihre Teilnahme solchen Angeklagten zu, wie dem schwer nervenkranken Arbeiter in Frankfurt, der im Gefängnis erblindete und dessen Haftentlassung selbst der Gefängnisarzt beantragte.

Hochverräter hat freie Reise!

Und wie steht es mit den anderen Kappisten? Es sollen 10 Prozesse schweben, aber bisher ist noch kein einziges Urteil gefällt worden. Sind die Kappisten alle so leidend, wie Herr v. Jagow?

Reichsjustizminister Schiffer:

Die zahlreichen sachlichen Anfragen Dr. Rosenfelds sind berechtigt gewesen. Die Antwort auf diese Anfragen wird allerdings ganz anders ausfallen, als Dr. Rosenfeld zu erwarten scheint.

grobe Verhöhnung und Verspottung der Justiz.

(Zuruf links: Die Sie verdient!) Tatsache ist aber, daß, wenn kein Krankheitszustand eine Rolle gespielt hat, das auf ihn selbst zurückzuführen ist.

v. Jagow hat seinem Verteidiger wörtlich geschrieben:

„Die Untersuchungshaft wäre mit meiner Anordnung gleichbedeutend; denn ich war in meiner Jugend schwer tuberkulös und lebe nur dadurch, daß ich eine Stunde täglich reite und seit Abschaffung der Pferde eine Stunde täglich Trab laufe.“

der Saß seiner Vorfahren,

die den Markgrafen von Brandenburg Widerstand leisteten, als sie den Gedanken des Staates einführten in die preussische Geschichte. Natürlich muß ein solches Vorgehen in den weitesten Kreisen des Volkes als höchst aufreizend empfunden werden.

Er erschien zum Verhör

und ließ sich vernehmen. (Bewegung.) Er gab seine Wohnung, als in Potsdam, Bergerstr. 7, gelegen an. (Neue Bewegung.) Hier liegt ein Mangel im Verfahren vor, nämlich, daß von diesem Beschluß und von der Vernehmung Jagows der Öffentlichkeit keine Kenntnis gegeben wurde.

zur Hauptverhandlung stellen

wird. (Hört, hört!) Das ist ein durchaus erwägenwerter Standpunkt, für den man Verständnis und Achtung haben muß.

Anklageschrift ist fertig

und wird in 8 bis 10 Tagen dem Reichsgericht zugehen. (Hört, hört!) Die Justizverwaltung hat ebenfalls alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Frage einer Klärung zuzuführen.

Abg. Radbruch (Soz.):

Es handelt sich für uns nicht um Jagows mehr als belanglose Person, sondern um die Frage der öffentlichen Moral und der staatlichen Rechtspflege.

Jagow und Hötz

haben die göttliche Frechheit gemeinsam, mit der sie mit der Justiz Rahe und Maus spielen. Dabei spielt Hötz aber um seinen Kopf, während Jagows Kopf fest sitzt.

Reichsgericht hat die Verhöhnung Jagows ruhig über sich ergehen lassen und nicht mit dem Vollstreckungsbehl geantwortet. Das wird im Volke nicht verstanden. Wie anders hätte ein englisches Gericht in diesem Fall gehandelt. Weshalb konnte die sonst so sündige Polizei e Herrn v. Jagows ein Jahr lang nicht haft werden? Der Minister trägt auch für die Kriminalpolizei die Verantwortung. Das bekannte Wort Jagows

Ich warne Neugierige!

Scheint so nachzuwirken, daß die Reugier der Polizei auf zauberhafte Weise vor ihm Holt gemacht hat. Es ist alles juristisch korrekt gegangen — gewiß, wozu hat man denn Jurisprudenz gelernt, um nicht zu wissen, wie es gemacht wird? Ich hoffe nur, daß sich nicht noch Strafsühnlichkeit aus dieser Einleitung entwickelt. Die Prognose auf Gulenburgs scheint daraus hinzudeuten. Die Statistik über die Kapp-Verbrechen ergibt das Resultat, daß von den ursprünglichen 705 Verbrechen nur noch 19 Fälle mit 11 Angeklagten übrig geblieben sind, wovon kein einziger Fall abgeurteilt ist. Die Schuld daran liegt bei der Auslegung des Begriffes „Amnestie“ durch das Reichsgericht, die der ursprünglichen Ansicht der antragstellenden Parteien widerspricht. Der Abg. Burtage hat feinerzeit ausdrücklich festgestellt, daß von der Amnestie nicht nur die höchsten, sondern auch die höheren Führer ausgenommen sein sollen. Dagegen halte man die 4000 ungewöhnlich strengen Sondergerichtsurteile gegen Kommunisten. Dr. Gumbel kommt in seinem bekannten Buch „Zwei Jahre Nord“ zu dem Resultat, daß 282 Morde an Linkstehenden seit der Revolution ungeführt sind. Ich überreiche dem Justizminister öffentlich und formell dieses Buch zur Nachprüfung und fordere eine ausführliche Denkschrift über alle diese Fälle, die auf dem Rechtsbewußtsein des Volkes fürchterlich lasten. Wir verlangen einerseits das Eingreifen des Ministers, wo die Justiz bei der Sühne von politischen Verbrechen versagt, andererseits das Gnadenverfahren, wo die Justiz übermäßig geurteilt hat. Wenn das Gnadenverfahren in den Urteilen der Sondergerichte nicht zu durchgreifenden Resultaten führt, so läßt sich die

allgemeine Amnestie

nicht mehr aufhalten. Nur in dieser bestimmten Erwartung haben wir bis her auf die allgemeine Amnestie verzichtet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister muß tollwoll seinen Weg zu finden wissen zwischen der Wahrung der Unabhängigkeit der Richter einerseits und der Verantwortung für den Geist der Justiz andererseits. Er muß daher, wenn es nötig ist, auch an der Justiz Kritik üben. Ich schließe mit der Frage: Glaube der Minister, daß das Mißtrauen, daß zu unser aller Schmerz auf der Justiz ruht, lediglich auf Unwissenheit und Verhehlung beruht, oder daß die Justiz durch ihre einseitige Rechtsprechung sehr Anlaß dazu gibt? (Lebhaftes Bravo; links.)

Zwischen ist ein Antrag Hoffmann (Komm.) eingegangen, der Reichstag wolle beschließen: die Behandlung des Falles Jagow durch den Reichsjustizminister entspricht nicht der Auffassung des Reichstags.

Abg. Warmuth (Dnat.): Der Reichstag kann nicht durch eine Entscheidung in ein schwebendes Verfahren eingreifen.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Der Fall Jagow ist ein Symptom für die herrschenden Zustände in unserer Justiz. Wenn angesichts solcher Tatsachen der Justizminister die Handlungsweise des Reichsgerichts verteidigt, so kann man sich darüber nur wundern. Die Kapp-Verbrecher und speziell die ganze Kapp-Regierung befindet sich in Freiheit. Die Käseregierung in Bayern ist teils ermordet worden, teils sitzt sie im Zuchthaus. Das ist der Geist der Justiz. Wo bleibt da Herr Weismann, der Kommissar für öffentliche Ordnung, der ja gegen die Arbeiter so rühmlich zu Felde gezogen ist? Das Reichs-

gericht hat sich durch den Entscheid im Falle Jagow nicht nur im Inland, sondern auch besonders im Ausland herabgesetzt. Was sagt der Herr Justizminister dazu, daß in Lauenburg

ein Kappisten-Richter Bluturteile über Arbeiter

fällt? So etwas ist doch nur möglich, wenn die Justiz den nötigen Rückhalt an der Justizverwaltung hat. Durch die Demokratie läßt sich die Klassenjustiz nicht beseitigen.

Reichsjustizminister Schiffer: Eine engere Fühlung zwischen Öffentlichkeit und Justiz soll angestrebt werden. Die Urteile der Sondergerichte werden einer sorgfältigen Nachprüfung unterzogen. In Begnadigungsachen werde ernsthaft gearbeitet. Viele Begnadigungen sind bereits erfolgt.

Abg. Dr. Moses (U. Soz.): Die Jagowsche Krankheit ist nicht eine Erfindung des Justizministers, sie ist schon seit Jahrzehnten bekannt und in Deutschland eine Epidemie. Nur der Pöbel von rechts und „Gottes Gnaden“ wird davon befallen. Wer da in der Jugend einmal an Masern gelitten hat, ist gefeit für alle Zeit. Doch die Sozialisten sollen nur nicht glauben, daß sie mit Tuberkulose dem Zuchthaus entfliehen können. Im Warburger Studenten- und im Auöod-Prozess hat man auf sogenannte Affektregungen die weitestgehenden Rückfichten genommen. Ob das auch bei den Sondergerichten der Fall gewesen ist? Die Angriffe gegen den Staat von rechts gehen ungehindert fort. Die Angriffe von links dagegen werden mit Todesstrafe und 2000 Jahren Zuchthaus gesühnt.

Mittwoch 11 Uhr: Kleine Vorlagen, dritte Lesung des Nachtragsetats. Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister, Erhöhung der Diäten für Reichstagsabgeordnete. Branntweinmonopol. Schluß: 1/8 Uhr.

Wirtschaft

Produktive Erwerbslosenfürsorge für Baugenossenschaften.

Eine große Anzahl gemeinnütziger Bauvereinigungen ist dadurch in Schwierigkeiten geraten, daß sie nicht in der Lage waren, während des Krieges Ausbesserungsarbeiten an ihren Häusern und Wohnungen vornehmen zu lassen. Gegenwärtig aber sind die Kosten für diese Arbeiten unerschwinglich hoch, so daß durch die laufenden Mieten, wenn diese inzwischen auch erhöht worden sind, nicht gedeckt werden können. Diesen Bauvereinigungen dürfte eine Erleichterung dadurch erwachsen, daß sie die für die produktive Erwerbslosenfürsorge bereitstehenden Mittel bei der Durchführung jener Arbeiten in Anspruch nehmen können.

Nun macht der preussische Minister für Volkswohlfahrt darauf aufmerksam, daß allerdings nicht in jedem Falle Anträge auf Förderung von Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohnhäusern auf Anerkennung durch das Reichsamt für Arbeitsvermittlung werden können. Es besteht nämlich der Grundlag, derartige Maßnahmen in erster Linie in Großstädten mit starker Erwerbslosigkeit durchzuführen; in Mittel- und Kleinstädten wird eine Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nur eintreten können, wenn unter den Bauhandwerkern eine besonders starke Erwerbslosigkeit besteht und diese aus Mangel an einer anderen wichtigen Notstandsarbeit sonst nicht beschäftigt werden können.

Privatnotenbanken und Metallreserve.

Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats lag am 5. Juli der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Metall-

reserven der Privatnotenbanken vor. Der Entwurf verbietet, daß die Privatnotenbanken über das in ihrem Eigentum befindliche Gold frei verfügen und knüpft jede Verfügung darüber an die Genehmigung der Reichsregierung. Zum Ausgleich hierfür wird den Banken unter gewissen Voraussetzungen eine Erhöhung ihres bisherigen steuerfreien Notentontingents auf etwa das dreieinhalbfache zugestanden.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums begründete das Gesetz damit, daß zurzeit für die Notenbanken kein klar umschriebener Rechtszwang mehr besteht, ihre Goldbestände zu behalten. So haben die Badische und Sächsische Bank bereits Goldverkäufe an die Porzfelder Industrie vorgenommen. Den daraus herrührenden Gewinn allerdings nicht ausgeschüttet, sondern zur Verstärkung der Betriebsmittel in eine Spezialreserve übernommen. Andere Banken haben die Goldreserve bisher unangetastet gelassen, doch ist die Begehrlichkeit der privaten Spekulation durch diese Bestände, deren Wert heute sehr hoch ist, wachgerufen und hat bereits zu Aktienaufläufen geführt. Eine volkswirtschaftlich schädliche Verwertung des Goldbestandes muß aber vermieden werden.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss gab nach längerer Erörterung einstimmig ein Gutachten ab, in dem er dem Gesetz mit unwesentlichen Vorbehalten zustimmte.

Die Konjunkturgewinne der Lederindustrie. Um die Konjunkturgewinne der Lederindustrie bei der Freigabe der Lederwirtschaft zu erfassen, wurden bekanntlich zweimal Konjunkturabgaben festgesetzt, die der Allgemeinheit zugute kommen sollten. Dabei wurden denjenigen Betrieben, die Leder nachweislich zu den behördlichen Richtpreisen veräußerten, Begünstigungen gewährt. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages stellte sich nun heraus, daß nun in erstaunlichem Umfange Waren zu haben sind. Dementsprechend ist denn auch das finanzielle Ergebnis der zweiten Abgabe bedeutend schlechter. Eingegangen sind in der 42 Millionen Mark und eine Sachabgabe im Werte von 20 Millionen Mark. Es fehlen also rund 58 Millionen Mark. Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt erklärte in der Sitzung des 5. Ausschusses, daß in eine genaue Nachprüfung eingetreten werden solle, ob die angegebenen Mengen tatsächlich zu Richtpreisen verkauft sind. Dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss würde zur gegebenen Zeit Bericht erstattet.

Ausdehnung des Stinneskonzerns. Die Nr. 28 der „Metallarbeiterzeitung“ bringt unter der Überschrift „Milliarden dynastien.“ — Ein Stinneskonzern in Tabellen“ eine gedrängte, durch tabellarische Zusammenstellungen erläuterte Schilderung des Stinneskonzerns, die eine wertvolle Uebersicht über den Umfang dieses Riesentrastes gibt. Nach einer oberflächlichen Zählung umfaßt der Trust etwa 1340 Unternehmungen, und zwar entfallen davon auf: Fabrikanlagen etwa 290, Kohlengruben und -felder etwa 230, Erzgruben und -felder etwa 65, Transportunternehmungen etwa 190, Werke zur elektrischen Stromerzeugung etwa 285, Banken, Handelsgesellschaften, Bureaus etwa 160, sonstige Unternehmungen etwa 120. Die Kapitalmacht des Stinneskonzerns einschließlich der losen Interessen erstreckt sich nach diesen Berechnungen, die naturgemäß nicht vollständig sein können, auf annähernd 8 Milliarden Mark. Hierbei wurden ausländische Werte in Friedenswährung umgerechnet, so daß ein erheblicher Beitrag dieser Summe noch Goldmark darstellt und die tatsächliche Kapitalherrschaft noch bedeutend größer sein dürfte. 2,2 Milliarden Mark von dieser Summe entfallen auf lose Interessen durch Besetzung von Aufsichtsratsposten und Beteiligungen.

Schlüpfer und Regians zur Reise aus Homespun und feinstem Cheviot, jetzt M. 475, 525, 650 b. 980
Boxener Mäntel aus Strichlöden, in praktischen Farben, jetzt M. 250, 275, 350, 425
Pelzinnen für Herren und Damen, sehr gute Ware, jetzt M. 250, 275, 350, 425
Gummimäntel in vielen guten Qualitäten und Passons, jetzt M. 350, 395, 450, 550, 625, 750, 850
Jackett-Anzüge in gut. Qual. u. best. Verarb. jetzt M. 330, 450, 550, 650, 780, 850, 950

Sport-Anzüge für Herren und Jünglinge, aus Lodenstoff, gemustertem Cheviot, Homespun und Manchester, jetzt M. 300, 350, 450, 475, 500, 650
Knaben-Anzüge in Bienen-, Schlüpfer- und anderen Formen, aus vorzüglichen Wollstoffen, jetzt M. 50, 60, 70, 80, 90, 100
Jünglings-Anzüge in großer Auswahl, jetzt nur M. 295, 380, 450, 550, 650
Gestreifte Hosen, größtenteils unter Herstellungspreis, jetzt M. 65, 85, 99, 112, 121, 135 bis 230

Nur Qualitätsware kommt zum Verkauf

10 billige Tage
v. 2. - 11. Juli

M. Schulmeister
Kottbuser Tor
Herren- und Knaben-Konfektionshaus

Gastwirt
sucht flottgehendes Bierlokal im Osten Berlins oder Vorort zu kaufen.
Gefl. Anerbieten mit Preis unter „J. 24“ an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Parzellen
allmählig Lage, verkauft billig
Einzeln- u. Mehrparzellen, Reiner, Bahndorfs Straußberg, Constantinstr. 7
Bortwärtsstrebende und Erfinder
Gute Vertriebsmöglichkeiten, Auffindung und Verwertung gebräut. Erfindungen, Ein neuer Geist? Sendet gratis
F. Schmidt & Co., Berlin, Röniggraber Str. 71.

Preussische Staats-Lotterie
Ziehung 1. Klasse am 12.-13. Juli.
Lose Mark 10.- 20.- 40.- 80.-
Rodewald
Staatlicher Lotterie-Einnehmer
Berlin SO 38, Köpenicker Str. 143, Ecke Mariannen-Ufer
an der Köpenicker Brücke. Postcheckkonto 31156.
Ferner in meinem Zweiggeschäft, Bergmannstraße 10, Ecke Nostizstraße.

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, Irisch und speziell veraltet, Syphilis behandelt ohne Berufsstörung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin M 5, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11.
Behr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quacksalb. u. andere Gifte gegen M. 2.- diskret in versch. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Entfettungs-Tabletten
Warte „Sibaja“, das erfolgreichste und unschädlichste Mittel gegen Fettsucht.
Ohne Diätzwang.
Gewichtsabnahme bei angezeigtem Wohlsein.
Pelikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 93 an der Charlottenstr.
Zentrum 2755

Münzen Sammlungen
kauft Ball, Berlin, Wilhelmstraße 46/47
Münzen Handlung.
Prismen-Feldstecher
besond. Zeiss u. Goerz werden ständig angekauft
Photohaus Steckelmann
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135

Spezial-Arzt Dr. Scotti, alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsankuren, Blutuntersuchung, Fäden I. Urin, Mannesschwäche, im ältesten Kur-Institut „Löser“ nur Rosenthaler Str. 69-70, Dir.: A. Löser sen. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1. Damen separat.
Metallbetten, Stahlmatratzen, Rinderbetten bis an Private, Patent 30A frei. (Eisenmattenselbst) Suchl (Thür.).
Kaufe ständig zu höchsten Preisen
Gold - Platin - Silber - Münzen
Bruch Ketten Ringe Uhren
Nähe Spittelmarkt Einkauf nur im Laden, nicht im Hof
Neuhaus, Roßstr. 8

Augen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bänderfen, Gas-Ziede-Röhre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Amboffe
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Moritzplatz 12072. Ged. Voltairerstraße. Moritzplatz 12073.

Wanzen und Brut
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicodan.
Erfolg verbilligt. Kinder, anzuw. Dankschr. v. überall Beste Zeit zur Brutverrichtung. Doppelpackung 7 Mk.
Erhällich bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei.
frei von **Hermann A. Groesel** Königgrätzer Str. 49

Ausnahme Angebote
Fertige Betten
Oberbett u. 220
Kissen u. 72
Unterbett. 192
Chaise-longues
mit rotem Moltonbezug u. 295
Steppdecken
best. Satin mit Tricotfutter u. M. 175
Zweifach Satin u. M. 255
Daunendecken
Ia. Seldonglanz-Satin-Obersette u. 835
Handtücher
Gerstenkorn u. 8⁷⁵
Frottier u. 18⁰⁰
Damast u. 18⁵⁰

Bettfedern „Lustig“ Fabrik
Gustav Lustig
Berlin S * Prinzenstraße nur 46
Eingang nur unter Glaskuppel

Schlafzimmer
Weiss lack.
mit grossem, 190 cm breitem dreifüßrigem Schrank,
2700.-
Einzelmöbel:
Weisse Schränke, Tische, Stühle, Sessel, Frisier-toiletten, Hocker, Truhen
sehr preiswert

Metallbettstelle
Nr. 5
mit Zugfederboden fein lackiert 80x190. **155.-**
Metallbettstelle mit Doppelspiralfeder, 80x180. . . . **95.-**
Metallbettstelle kräftige Ausführung mit Messing-Verstärkung, 90x190, fein lack., M. **250.-**

Anerkannt gute Bettenfüllung:
Monopoldaunen
echt chines. gen. gesch. Pfd. M. 56.-
3-4 Pfund zum Oberbett.
Komplette Bettraum-
Einrichtungen für Hotels, Pensionate, Sanatorien und Sommerwohnungen

Bettfedern- und Betten-Reinigung

In der Morgenstunde



Damenhemden aus feinem und sehr elastischem Trikotgewebe, sehr lang u. mit Aermeln M. 17 **13⁰⁰**

Damenhemden aus weis. Hemdentuch in gut. Friedensqual. M. **24⁰⁰**

Damen-Schlupfhosen in schönen Farb. gute Qualität M. **13⁰⁰**

Damenstrümpfe schwarze, fein. Baumwollgewebe M. **4⁷⁵**

Damenstrümpfe in schwarzem u. braun. sehr gutem Baumwollgewebe, m. verstärk. Spitze u. Ferse M. **5⁷⁵**

Damen-Strümpfe in kl. Gr., 1x1 gestr. in schwarz u. braun M. **7⁵⁰**

Kinder-Söckchen braun, mit Wollrand, von M. **3⁰⁰**

Erstlingshemden aus gutem Hemdentuch M. **1⁵⁰**

Erstlingshemden aus Neosil M. **1²⁰**

Damen-Untertaillen, feines Trikotgewebe ohne Aermel . . . 10⁵⁰ mit Aermeln **11⁵⁰**

Weisser Batist 80 cm breites feinfädiges Gewebe, für Damenhemd. und Blusen geeignet, das Meter . . M. **6⁴⁰**

Hemdentuch Friedensqualität, 80 cm br. in Schuß- und Kettfäden gleichm. gew. gute Qualit. d. Meter M. **10⁵⁰**

Halbleinen 160 cm breites, glattes, sehr haltb. Friedensgew. d. Mt. M. **32⁰⁰**

Fancy graues haltbares Futurstoffgewebe, 70 cm breit M. **9⁵⁰**

Badeanzüge f. Herren, Damen u. Kinder, in schwarzem Trikot mit bunter u. weißer Einfassung, Gr. 60, M. **17⁰⁰**

Herrenhemden grau Trikot M. **9⁵⁰**

Herrenhemden in vorzüglicher Qualität, makroartig, mit doppelter Gröszen M. **22⁵⁰**

Herrenhemden Braut, in allen Gröszen M. **24⁰⁰**

Herrenhemden Vigogne, in sehr guter Qual. in allen Gröszen, M. **24⁰⁰**

Herrenhemden Vigogne, in sehr guter Qualität, m. mod. Perkalsteinatz, in allen Gröszen M. **27⁰⁰**

Herrenunterhosen graue Trikotgew. in allen Gröszen M. **4²⁰**

Herrenunterhosen gutes, schwarzes Trikot-Gewebe, in allen Gröszen M. **8⁰⁰**

Filz- und Stepphüte in modern. Farben und Fassons M. **27⁰⁰**

Strohüte braun M. **15⁰⁰**

Hosenträger gutes Gummiband, mit Leder M. **6⁵⁰**

Herrensportkragen Größe 38-39 . . . M. **1⁵⁰**

Herrensocken in all. Farb. m. verstärk. Ferse und Spitze . . M. **5⁷⁵**

Herren-Strickbinder in modernst. Mustern, Knastfeld, M. **7²⁰**

Herren-Schleifen sehr gute Qual. geschmackvolle Farb. M. **1²⁰**

Serviteurs in gestreiftem Flanel . . M. **3²⁵**

Anzug-, Ulster-, Hosenstoffe sehr haltb. Qual. Ser. I M. **25⁰⁰** Ser. II M. **35⁰⁰** Ser. III M. **45⁰⁰** Ser. IV M. **68⁰⁰**

Herrenanzüge Khaki, bestab. aus Sportjoppe und langer Hose . **98⁰⁰**

Drellanzüge schwere reisel. Ware, grün u. grau, gut verarbeitet . **110⁰⁰**

Segeltuch-Pelerinen imprägniert, grau, weiterfeste Ware, je nach Länge M. **90, 83**

Für die Reise und Ferien

Verkauf zu jeder Tageszeit!

Knaben-Anzüge 1. Blausen, Schlüpf- u. and. Form., aus vorzügl. Stoffen, jetzt . . . M. **225 160 110 80** **60⁰⁰**

Knaben-Waschanzüge in viel Fassons u. Qual., von M. **45⁰⁰**

Kinder-Sweater feines Makogewebe, in schönen Farb., von M. **14⁰⁰**

Bozen. Mänt. u. Pelerin. f. Knab. u. Mädch., von M. **110⁰⁰** **70⁰⁰**

Jünglings-Anzüge in grosser Auswahl zwei- und dreifaltig M. **400 300 200 98** **36⁰⁰**

Jünglings-Ulster und Paletots jeder Art anfangend mit . M. **160⁰⁰** bzw. M. **50⁰⁰**

Jüngl.-Sweat. 1. blau u. grau, 1. vorzügl. Beschaffenheit . . von M. **7⁰⁰**

Strandanzüge f. Herr. aus gestreiftem Sommerstoff . . . M. **235⁰⁰**

Jack-Anzüge f. Herren in gut. Qual. u. bester Verarbeitung, M. **875 750 650 450 350** **225⁰⁰**

Sport-Anzüge aus Lederstoff, gemust. Manzh., Homospun usw. M. **800 650 500** **400⁰⁰**

Tennis-Anzüge aus reinwilligen gestreiftem Cheviot in erstklassiger Verarbeitung, nur M. **600⁰⁰**

Schlüpfer, Raglans, Paletots aus Homospun, gemustert oder Marengo-Cheviot und Covercoat M. **750 650 350** **450⁰⁰**

Bozener Mäntel u. Pelerinen aus vorzügl. englisch. Strichloden M. **350 275 225** **190⁰⁰**

Gummi-Mäntel Lyvel aut. Qual. u. Fass. M. **650 575 450 375** **290⁰⁰**

Lodenjoppen in Lidewken- od. Sportform, anfangend mit M. **100⁰⁰**

Lüsterjacketts schwarz, gestreift od. hell anfangend mit . . . M. **99⁰⁰**

Hosen gestreifte, sehr gute Stoffe, M. **200 170 120 90 55** **44⁰⁰**

Tennis-Hosen aus reinwilligen Cheviot M. **205⁰⁰**

Sport-Hosen aus gut. Stoffen, Brecherform von M. **98⁰⁰**

Gürtelwesten, Phantasie- West. v. M. **18⁰⁰**

Sport-Hemden aus feinen, waschbaren Stoffen, kleinsten Größe M. **32⁰⁰**

Sport-Stutzen aus Wolla, mit gemustert. Rändern M. **17⁰⁰**

Sport-Gürtel Koralle-, Sembr. u. amerik. Schnalle, l. versch. Farb., M. **29⁰⁰**

Rucksäcke aus gutem Leinen, m. Korallelederriemen von M. **25⁰⁰**

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Anmerkungen: Unsere Angebote sind stets freibleibend, d. h. daß wir Sachen, die Ihrer Billigkeit wegen vergriffen sind, zu liefern nicht verpflichtet sind. Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge.

Deutscher Metallarbeiterverband
Gemeinschaftsamt Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler **Max Spangenberg** am 28. Juni gestorben ist. Obse feim Anbenten! Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg, Riehlstraße, statt. 90-4 Arge Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Berliner Selbstschuß
eingetrag. Genossenschaft m. b. H.
Bilanz per 31. März 1921.
Aktiva
Reifen-Ronto 3401,71
Deutsche Bank, Berlin 3707,50
Reichsbank, Berlin . . . 539,25
Inventar-Ronto 10845,-
De. Bank Anstalt-Ronto 45000,-
Antelle Darlehens-Ronto 6120,-
Kirch. Berlinig. Berl. 13225,-
Material-Ronto 37890,-
Rautions-Ronto 6990,-
Rechts-Ronto 69,80
Bericht 2873,54
129681,60
Passiva
Rente 92,-
Antelle 101649,-
Hilf. Darlehens-Ronto 7150,-
Kücheltungs-Ronto . . 21191,90
129681,60

Jetzt ist's Zeit!
erstklassig gearbeitete
**Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer**
außerordentlich billig zu kaufen! Viele Musterzimmer zu ganz besonders herabgesetzten Preisen!
Transport, Lagerung frei.
„Berliner Möbelhaus“
Moritz Hirschowitz
Südosten
Skalitzer Str. 25
Hochbahn Kottbuser Tor!

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin . . II 54, Cinenstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Nordst. 185, 1299, 1967, 9714
Achtung! Bauflempner, Rohrleger u. Helfer!
Donnerstag, den 7. Juli 1921, abends 6 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelsteuf 15, Saal 4:
Gemeinsame Versammlung
der Bauflempner, Rohrleger und Helfer
Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Cobabewegung. 2. Beschäftigung.
Die Betrauungslente der beiden Branchen treffen sich um 5 Uhr im Saal 5. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Aerztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulator. Behandlung
Modernes, erprob. Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- und Lichtheilmethoden, die wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte „Künstliche Höhensonnen“-Behandlung
Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterkuren und Bäder, Sauerstoffkuren, homöopathische und mechano-therapeutische Behandlung. — Nachweisbar gute und dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren u. äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Anspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlicher Ausschläge, Flechten, Wunden; Lähmungen, sowie Kinderlähmung, Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit usw.
Freiwillige briefliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten, die angeben, vor der Behandlung in unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg behandelt worden zu sein: 1. Frau M. Richter, Berlin-Moabit, Waldstr. 55, Lungenleiden, Blutarmut, Nervenschwäche geheilt. — 2. Herr Georg Heinrich, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 29 II, Lungenleiden geheilt. — 3. Frau Berta Dachow, Neukölln, Emser Straße 138, Von Bronchialasthma, nervöser Herzschwäche und Neurasthenie geheilt. — 4. Herr K. Ensl, Restaur., Charlottenburg, Huttensstraße 12, Chronischer Mittelohrkatarrh geheilt. — 5. Frau Käthe Tschöpe, Bln.-Südende, Lichterfelder Str. 37, Von allem. Nervenschwäche, Herzneurose und Unterleibsleiden geheilt. — 6. Frau M. Zafke, Berlin, Nollendorferstr. 40, Rheumatismus u. steife Schulter geheilt. — 7. Herr E. Ehrhardt, Gr.-Lichterfelder, Ringstraße 52a, Chronisches Hüftgelenkleiden wiederholt erfolgreich behandelt. — 8. Frau E. Hohdorff, Berlin, Kolberger Str. 28-29, Nerven- u. Knochenhautentzündung — vollständig gelähmt — geheilt. — 9. Herr F. Nayda, Berlin, Prinzenallee 72-73, Von Kopf- und Kreuzschmerzen, trockener Brustfellentzündung nach Influenza geheilt. — 10. Frau E. Herzmann, Schöneberg, Peurigrstr. 61, Eiternde Fistel nach Blinddarmoperation geheilt. — 11. Herr E. Ritter, Friedenau, Sponholzstr. 56, Von Kniegelenkleiden geheilt. — 12. Frau A. Rohmose, Berlin, Breslauer Str. 1, Altes fünfzehnjähriges Herzleiden geheilt. — 13. Herr M. Aufner, Reinickendorfer-West, Antonienstr. 3, Kieferverletzung geheilt. — 14. Frau H. Hagel, Sachsenhausen b. Oranienburg, i. M. Unterl.-Blutungen und Nervenleiden geheilt. — 15. Frau Wwe. Fritschler, Berlin, Marienburger Straße 48, Darmgeschwulst geheilt. — 16. Frau des Herrn Inspektors O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magervieh-hof, Von Geb.-Knickung geheilt. — 17. Herr Erich Bock, Berlin, Havelberger Straße 15, Von Nieren- und Blasenleiden, Wasser-sucht, allgemein. gross. Schwäche geheilt. — 18. Frau Restaur., Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87, Von Basedowischer Krank-heit geheilt. — 19. Herr A. Brose, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 14, Schwarze Rückenmarkleiden mit Lähmung der Beine vollständig geheilt. — 20. Frau E. Popp, Bln.-Lichten-berg, Gärtnerstr. 10, Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche u. Verstopfung geheilt. — 21. Herr A. Schlabbig, Berlin, Capri-straße 24, Von Gesichtslupus geheilt; vorher mit Radium er-folgreich behandelt. — 22. Herr A. Hellwig, Bln.-Borsigwalde, Ernststraße 25, Von Magengeschwulst, Verstopfung und Nervenschwäche geheilt. — 23. Herr Milchhändler Eckert, Berlin, Greifenhagener Str. 26, Von gichtisch-rheumatischen Schmerzen in Bein und Pufgelenk geheilt. — 24. Herr Gastwirt C. Michaelis, Charlottenburg, Wallstr. 87, Von chronischem Leberleiden und Gelbsucht geheilt. — 25. Frau M. Knorr, Berlin-Lichtenberg, Scharnweberstraße 62, Von Herzschwäche, Leber-Anschwel-lung und Magenkrebs geheilt. — 26. Sohn Paul des Weichen-stellers Herrn Wilhelm Häfner, Berlin-Westend, Beamtenhaus, Von schwerem Beinleiden geheilt. Bein sollte abgenommen werden.

Prof. Dr. Sahlströmer
Lutherstr. 13 88/10
von der Reife zurück.
Die ungeheure Macht des Hypnotismus, u. pers. Magnetismus u. d. Heilmagnetismus, Leicht u. beste Methode, s. Einfluß auf and. auszub. d. Hypnotisieren zu erl. Glück u. Erfolg im Leben zu haben. — Unentb. f. jed. Mensch. Ueb. 100000 Expl. verk. 120 Stn. Illustr. Pr. 6,50 M. u. 1,50 M. Pt. Gr. Bücherkat. gr. Albrecht Dunst, Verl., Leipzig 12

Möbelfabrik Hoffmann
eingetrag. Genossenschaft m. b. H.
Berlin O., Rosenthaler Str. 52.
Nachtrag
zur Bilanz am 31. Dezember 1920
Durch ein Versehen ist das Pol-lichedfons in Höhe v. 31.619,30 nicht aufgeführt; demzufolge be-trägt der Gewinnortrag nicht 31.145,18, sondern 31.206,68,41.
Der Vorstand, 30038
Rudi Schmidt, Wilhelm Ranjer.

Hühneraugen
Fornhausbildung, Fußhohlen-berührung entfernt mit abso-luter Sicherheit Reizdela, Boers, Liebrt 30 Jahre dem. Mit Be-fähigungsaufhaber 4,50, Otto Reichel, Bln. 43, Eisenbahnstr. 4

Union-Klub, Berlin
Annahme für Vorweifen
für Rennen in Berlin und im Reiche
in der Zentrale Schadowstr. 8 u. sämtlichen Filialen Groß-Berlin
Annahmeschluss:
Für Berliner Rennen 2 Stunden vor Beginn des ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag.
Postsendungen u. Anträge auf Errichtung von Konten werden nur Schadowstraße 8 angenommen.
Wettbedingungen sind in den Wettannahmestellen erhältlich.

Ziehung der 1. Klasse 12. u. 13. Juli
Preussische Staats-Lotterie
Fast jedes zweite Los gewinnt!
Prämien und Hauptgewinne von Mark:
2 x 750 000
4 x 500 000
4 x 300 000
usw. 1/8 1/4 1/2 1/1
Amtl. Lospreis: zu 10 20 40 80 Mark
Porto und Liste Mk. 1,20 extra
Schwarz Staatlicher Lotterie-Einnehmer
Berlin NO 43, Neue Königstraße 86
Lose aus meiner Einnahme auch zu haben bei
Schwarz Mittels-person Berlin SO 16, Neanderstr. 33
Postcheckkonto: Berlin NW 7, 31150
Telegramm-Adresse: Glücksgott Berlin

Kugellager
Jeden Bohrer, auch höchsthaltend
Dreand, Schleifsteine Str. 12
90/Orinpl. 1494 43-9*

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.
Schluss 6. Juli abends 7 Uhr
Letzte Tage des Saison-Ausverkaufs
Beste Qualität Keine Dtdz.-Ware

Militär = Schnürschuhe Paar M. 35
Schaftstiefel Paar M. 50
Herren-Ulster neue 100 M.
ferner große Posten verschiedener Geschirr- u. Leder-sachen, Sohlenleder zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Eislebener Str. 11 Fransekyst. 28 Spandau
E.Rankestr. am Zoo Ecke Rykestraße Charlottenstr. 2
Platzburg 2687 Humboldt 2294 Tel. Spandau 429
Frankfurter Allee 317. Charlottenburg, Scharrenstr. 31

Restaurat
gute Existenz, veränderungshalber zu verkaufen. Brauereihilfe. Käufer wollen sich melden unter „K. 24“ an die Expedition dieses Blattes.

Prozesse
Rat, Beistand, mäßige Preise, Teil-zahlung, Ehe-, Alimenten-, Stral-sachen, Steuern, Gnadensprüche.
Ländergerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtig. Tel. Königst. 3323

Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Restaurat
gute Existenz, veränderungshalber zu verkaufen. Brauereihilfe. Käufer wollen sich melden unter „K. 24“ an die Expedition dieses Blattes.

P. Mistelsky, Arzt
im Auslande approbiert, von der deutschen Regierung anerkannt
Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
am Bahnhof Jannowitzbrücke
Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung in der Heilanstalt
30jährige Praxis

Schuh-Creme u. Bohnerwachs Kopp & Joseph
Berlin W 50
in Friedensqualität Potsdamer Straße 122.

Groß-Berlin

Kommunale Sommerarbeit.

Der Entwurf der städtischen Wertzuwachssteuerordnung ist vom Ministerium jetzt zwar genehmigt worden, jedoch nur mit der Maßgabe, daß das Reich steuerfrei bleiben müsse, auch wenn es Grundstücke veräußert. Diese Maßregel war ursprünglich nicht verlangt worden. Die bestehenden Bestimmungen erfordern es nunmehr, daß die Stadtverordnetenversammlung der Änderung zustimmt. Damit die Steuerordnung schleunigst in Kraft treten kann und weil andernfalls große Werte verloren gehen könnten, wird die Stadtverordnetenversammlung Donnerstag zu einer Ferien-Sitzung zusammenzutreten.

Auch im Magistrat sind wichtige Entscheidungen zu erwarten, die eigentlich auch der Zustimmung der Stadtverordneten bedürfen; so steht eine dringende Vorlage über die Aufbesserung der städtischen Altpensionäre zu erwarten, die nach Mitteilungen des Stadtkämmerers eine weitere Belastung des Haushalts um 23 bis 30 Millionen bringen dürfte und für die nach neuen Deckungsmitteln gesucht werden muß. Für diesen Zweck wird gegenwärtig im Schoße des Magistrats und der Steuerdeputation eine Reihe neuer Steuervorlagen geprüft.

Trotz der Ferien der Vollversammlung wird eine Reihe von Stadtverordnetenausschüssen weiter Sitzungen abhalten. So wird die Untersuchung über die Geschäftsführung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin weitergeführt. Die neue Diätenvorlage soll noch beraten und die „Millionen-Kellameunternehmer“, die der Magistrat genehmigen will, bedürfen einer gründlichen Nachprüfung im Ausschuss, da es sich hier zum Teil um Unternehmungen handelt, die erst auf Grund der städtischen Zustimmung in der — Gründung begriffen sind. Man sieht: der Faden der Kommunalpolitik reißt trotz Ferien und Sommer nicht ab. Die Bezirksversammlungen sind überhaupt noch nicht in die Ferien gegangen und tagen in dieser Woche unermüdlich weiter.

Das Spiel um die Stadtverordnetenwahlen.

Die „B. Z. am Mittag“ brachte gestern (Dienstag) unter der Überschrift „Stadtverordnetenwahlen“ im September eine Nachricht, die folgendermaßen anfing: „Nachdem die Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtverordnetenwahlen feststeht, wird jetzt im Berliner Rathaus mit den Vorbereitungen für die kommenden Stadtverordnetenwahlen begonnen.“ Nach unseren Erkundigungen erwartet man zwar täglich im Rathaus das Eintreffen des Urteils, aber von dem Feststehen der Ungültigkeitserklärung war bis zur Stunde noch nichts zu erfahren. Auch die bürgerlichen Abendzeitungen brachten keineswegs die Nachricht, daß die Ungültigkeitserklärung feststehe. Entweder hat nun unsere „B. Z.“ sehr intime Beziehungen zum Richterkollegium des Oberverwaltungsgerichts oder sie hat ihre Mitteilung aus jener genialen Befähigung geschöpft, die es ermöglicht, daß einer die Höhe niesen hört. Das letztere ist das wahrscheinlichere.

Allerdings ist man im Berliner Rathaus vorsichtig genug und heugt vor, indem man sich bereits an die Aufstellung neuer Wählerlisten gemacht hat. Man glaubt, daß die Vorbereitungen ungeachtet der Sommerferien so gefördert werden können, daß die Wählerlisten noch im August ausgelegt werden, falls die Wahlen im September stattfinden sollen. Die befohlenden Magistratsmitglieder bleiben nach dem Befehl ungeachtet der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung im Amte, während nach dem § 12 des Gesetzes über die Gemeinde Groß-Berlin die unbesoldeten Magistratsmitglieder sowohl in der Berliner Zentrale als in den Bezirksversammlungen ihres Mandats verlustig gehen.

Strenges Gericht über die Gräfin Wartensleben. 66 000 Mark Geldstrafe.

Recht eigenartige Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung der Bewohner der Tiergartenstraße kamen in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern unter Vorsitz des Richtersassessors Holländer das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Wegen Uebertretung der Rationierungsvorschriften war die seinerzeit durch die Verlehnungsbandaffäre bekanntgewordene Gräfin Wartensleben angeklagt.

Gegen die Angeklagte war ein Strafmandat über 200 M. Geldstrafe erlassen worden, weil sie nachweislich für ihren aus

sechs Personen bestehenden Haushalt in der Tiergartenstraße in den Jahren 1919 und 1920 täglich 5 Liter Milch und wöchentlich 7 Pfund Butter auf Karten bezogen hatte. Dies soll sie dadurch ermöglicht haben, daß sie, obwohl sie auf ihrem Gute Blankenfeld lebte, hier Personen ihres Haushaltes anmeldete, die gar nicht hier tätig waren, sondern sich ständig auf dem Gute aufhielten. Gegen den erstgenannten Strafbefehl über 200 M. ließ Gräfin W. durch ihren Rechtsbeistand Widerspruch erheben. Dies veranlaßte den Vorsitzenden zu der Bemerkung: „Ich verstehe nicht, wie die Staatsanwaltschaft nur einen Strafbefehl über 200 M. erlassen konnte, wo sie nennlich gegen eine einfache Frau 300 M. beantragt hatte!“

Der Rechtsbeistand der Angeklagten beantragte die Freisprechung, da jeder Nachweis fehle, daß die Gräfin sich selbst um den Haushalt bzw. die Lebensmittelkorten bekümmert habe. Tatsächlich habe sie erst jetzt durch den Strafbefehl Kenntnis von dieser Angelegenheit erhalten. Verantwortlich seien lediglich der Verwalter Dohms und die Kamelliererin, welche die Anmeldungen vorgenommen hätten. Der Anwalt führte aus, daß dies kein strafbindender Grund sei. Die Angeklagte habe sich eben um ihren Haushalt bekümmern müssen, um solche unglaublichen Zustände zu verhindern. Mit Rück-

anzahl Bahn Berufung ein. Vor der Strafkammer wurde die ganze Angelegenheit eingehend erörtert.

Rahl hatte in einer abgemieteten Privatwohnung in der Friedrich-Wilhelm-Straße einen ausgedehnten Nachbetrieb unterhalten, in dem angeblich die „beste Gesellschaft“ verkehrt haben soll. Als besondere Attraktion war das Tänzerpaar Bod und Rebentisch engagiert worden. Letztere soll bei dem Schein einer roten Ampel, nur mit einem Schleier bekleidet, den sie gelegentlich auseinanderebreitete, einen Spasentanz mit Bod getanzt und dadurch das Schamgefühl verletzt haben. Der Zutritt zu diesen intimen Darstellungen war gegen Zahlung von 10 M. möglich; das Hauptgetränk der Gäste bildete Sekt zu 120 M. die Flasche. Eines Abends erschienen in diesem „Kunststempel“ zwei Kriminalbeamte, sahen sich den Tanz an und schlossen unter Protest der Gäste das Lokal.

Gegenüber dem Antrage des Staatsanwalts auf 3 Monate Gefängnis beantragten die R. A. Bahn und Hans Wolff die Freisprechung, indem sie das Moment der Offenheit bestritten und behaupteten, daß andere Aufführungen, z. B. der Golly de Kheidi, viel „nackter“ sich gezeigt hätten; außerdem hätten nicht einmal die Beamten „Aergernis“ genommen, sondern das Lokal nur wegen Gewerbevergehens geschlossen. — Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen im wesentlichen an und sprach die Angeklagten aus § 183 StGB. frei, erhöhte aber die Strafe wegen Schankkontravention auf 3000 Mark.

Amerikaner, Marke „Rotes Herz“.

Zur Klärung einer Irreführung.

An den von uns in der gestrigen Morgennummer veröffentlichten Bericht über die „amerikanische“ Kranzniederlegung am Denkmal des alten Fritz knüpften wir die Bemerkung, daß uns amerikanische Republikaner, die ihre Kränze mit den Farben und Emblemen des wilhelminischen Regimes ausstatten, höchst verdächtig erscheinen. Unsere Zweifel werden jetzt durch folgende Zuschrift bestätigt:

Die Anfrage bei der amerikanischen Botschaft können Sie sich ersparen, lieber „Vorwärts“. Kommen Ihnen bei dem Titel „Wahrheitsbund“ keine Erinnerungen an einen Hakenkreuzer Wilhelm in Marken, der unter dieser Firma mit amerikanischer Geschäftslüchtigkeit in den ersten Monaten nach der Revolution von sich reden machen wollte? Denken Sie an die verrückte Sammelte, die unter der Restamemarte „Rotes Herz“ mit großem Brimborium und verdächtigen Begleitscheinungen beim Truppenempfang in Berlin betrieben wurde, bis die Polizei schließlich das Bureau des mystischen Geheimbundes aushob, weil auch die sonstige Bogrombege dort eine ihrer Quellen hatte. Die „amerikanischen“ Insassen der beiden Autos waren sicherlich die Gesamtmitgliederschaft des „Wahrheitsbundes“, der „League of Truth“. Sie sind auch tatsächlich übers Wasser nach Berlin gekommen, denn zwischen Berlin und Werdor liegt — die breite Havel. Die Verleumdungen der „Rattenkönig“-Brotschüre sind im Gerichtssaal wie Seifenblasen zerplatzt. Vielleicht arbeitet nun die Firma „Wahrheitsbund“ an einem neuen „Wahrheits“-Buch, für das die amerikanische Reklame mit dem alten Friseur eine wirkungsvolle Vorbereitung sein soll.

Schulgelddermäßigung an höheren Schulen.

Die zentrale Schuldeputation hat auf Antrag des Stadtverordneten Löwenstein (U.S.P.) folgende Schulgelddermäßigung an den höheren und Mittelschulen beschlossen: Bei einem Gesamteinkommen der Eltern über 40 000 M. sollen keinerlei Schulgelddermäßigungen stattfinden. Bei einem Gesamteinkommen von über 30 000 M. wird für das erste Kind das volle Schulgeld bezahlt, beim zweiten tritt eine Ermäßigung von 25 Prozent, beim dritten eine solche von 50 Prozent ein, alle übrigen Kinder sind schulgeldfrei. Bei einem Gesamteinkommen von 25—30 000 M. tritt für das erste Kind eine Ermäßigung von 25 Prozent, bei dem zweiten eine solche von 50 Prozent, beim dritten eine solche von 75 Prozent ein, vom vierten Kind ab schulgeldfrei. Bei einem Gesamteinkommen von 20 000—25 000 M. tritt beim ersten Kind eine Schulgelddermäßigung von 50 Prozent ein, beim zweiten von 75 Prozent, vom dritten ab Schulgeldfreiheit. Bei einem Gesamteinkommen von 18 000—20 000 M. tritt beim ersten Kind eine Schulgelddermäßigung von 75 Prozent ein, jedes weitere Kind ist frei. Ist das Gesamteinkommen der Eltern unter 18 000 M., so wird kein Schulgeld erhoben. Diese Richtlinien sollen zu gleicher Zeit mit dem erhöhten Schulgeld am 1. Juni 1921 in Kraft treten.

Neue Autobuslinien.

Das Polizeipräsidium hat, wie schon mitgeteilt, drei neue Elektro-Omnibuslinien mit Zustimmung des Magistrats genehmigt. Diese drei neuen Linien werden aber erst in nächsten Jahre von Moabit aus in Betrieb genommen werden. Sie endigen in Friedenau-Sieglitz, bzw. am Wäckerplatz und Scharfstein Bahnhof.

Reise-Abonnements

Wie bitten unsere Bezieser, welche sich die Zeitung während der Urlaubszeit an ihre Sommeradresse nachschicken lassen wollen, die neue Adresse

mindestens 6 Tage vorher

anzugeben. Die Ueberweisung nach dem neuen Aufenthaltsort erfordert eine Laufzeit von 4 bis 5 Tagen, ehe die Bestellung durch die Post eintrifft. Am Unterbrechungen in der Zustellung der Zeitung zu vermeiden, ersuchen wir höflichst, unserer Bitte zu entsprechen.

Die Postbesitzer müssen die Umleitung an die neue Adresse bei ihrem Bestellpostamt bewirken.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

sicht darauf, daß durch derartige Geschehnisse der ärmeren Bevölkerung, Kindern und Kranken wertvolle Nahrungsmittel wie Butter und Milch entzogen worden seien, erscheine eine weit höhere Strafe am Platze, und deshalb beantrage er eine Geldstrafe von insgesamt 18000 M.

Das Gericht ging angesichts der Vermögensverhältnisse der Gräfin Wartensleben und der Tatsache, daß durch ihr Verhalten ein Vergehen an der Allgemeinheit verübt worden sei, weit über diesen Antrag hinaus und setzte für die drei Einzelvergehen die Höchststrafe fest. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von 66000 Mark. Aus der Begründung dieses Urteils durch den Vorsitzenden konnte entnommen werden, daß das Urteil zweifellos auf Gefängnisstrafe gelaufen hätte, wenn sich etwa ergeben hätte, daß die Verfehlungen in die Rottfahre 1917 und 1918 gefallen waren. Bedächtig der Umstand, daß das Vergehen in eine Zeit fiel, in der die Zwangswirtschaft schon abgebaut wurde, habe es die Angeklagte zu verdanken, daß sie mit einer Geldstrafe davonkomme.

Nachträge.

Wegen Veranlassung von Nachträgen und Vergehen gegen die Gewerbeordnung hatte das Schöffengericht Berlin-Mitte den Kaufmann Kurt K. o. h. l. sowie die Tänzer Bod und Rebentisch von der Anklage der Erregung öffentlichen Aergernisses freigesprochen, Kohl dagegen wegen Schankvergehens zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft und Rechts-

Protokoll füllte die zwei Koffer, die Reiserer mit sich nahm. „Morgen mit dem Nacht Schnellzug fahren wir“, sagte Reiserer zu ihm. „Aber heute kommt noch Besuch. Führe ihn in mein Zimmer.“

Reiserer war abgesehen. Er warf sich in seinem Zimmer in den Klubsessel und rauchte. Ich bin müde, und es ist Zeit, daß ich fortomme, dachte er. Er fühlte sich als Kämpfer. Und er brach jetzt den Kampf klug ab, so lange, bis seine Kraft sich völlig wieder erholt haben würde. Im Untergrunde seines Bewußtseins regte sich freilich sogar so etwas wie eine Sehnsucht nach Frieden. Aber gerade das war die Schwäche, deren er Herr werden mußte. Deshalb drängte es ihn fort.

Er schalt sich jetzt, daß er nur einen einzigen Augenblick auf den Gedanken verwendet hatte, sich mit Frau von Marisch zu verbinden. Was konnte ihm diese Verbindung bringen? Eine Festigung seiner gesellschaftlichen Position vielleicht, — und das war etwas, das er erstrebte, auf das er klugerweise von vornherein verzichtet hatte. Einen beträchtlichen Zuwachs seines Vermögens, gleichsam im Spiel errungen, — und das war erst recht etwas, dessen er sich hätte schämen müssen, da sein Ehrgeiz doch dahin ging, sich seinen Reichtum und seine Macht ohne Hilfe Dritter zu erringen.

Freilich, er konnte es nicht verhindern, daß die Gedanken an diese Frau zuweilen auch in anderer Form in ihm wach wurden, und nicht nur an diese eine Frau, nein, an die Frauen überhaupt, an das Weib, — das er hasste, und das sich über seinen Haß doch emporhob, mit einem dunklen Lächeln auf den Spinnklippen, unverwundbar, ihm unendlich überlegen.

So pochte in halb wachen Nächten ein roter, stürmisch drängender Wille durch sein Blut, der seinen Haß höhnte, der seine Liebe hervorlockte, die doch noch da war, irgendwo im Verborgenen seines Herzens, und die er demütig machte und die er fortschickte, arm und hungrig, auf daß sie suchen gehe und betteln.

Die Erinnerung an dieses Zurückweichen und dieses Sichbeugen im Traume vor dem Feinde, mit dem es für ihn keinen Frieden gab, verfehlte ihn am Tage in eine namenlose Wut. Und er sann nach Mitteln, seinem Blut zu gebieten, seinem Blut und seinem Herz, und er fand kein anderes, als daß er einseitig seinem Blut scheinbar nachgab.

Doch dieser List schämte er sich wieder und gab den Gedanken an sie auf. All seine Triebe warfen sich dann mit zehnfacher Wucht und mit hundertfacher Hunger auf die Arbeit des Tages, die ihn so zerrieb, daß er dann nachts wie tot in seinem Bett lag.

Ja, es war Zeit, daß er fortging, wenn der Gedanke, daß er sich erholen müsse, auch nur ein Vorwand war.

Denn in ihm war ein sonderbarer Glaube erwacht, der Glaube an eine Möglichkeit, die wie ein Märchen anmutete. Es schien ihm, daß es ihm wirklich möglich sein müsse, einige Wochen ein anderer Mensch zu sein, — diesen neuen Menschen nicht zu spielen, sondern er zu sein! Daß er dazu nur seine Wäsche abzulegen brauchte, das glaubte er nicht mehr. Eine große Verwirrung war in ihm. Wer war er wirklich, was war seine Wäsche? Er wußte es nicht mehr. Aber eine geheime Stimme sagte ihm, daß er es erfahren würde, wenn er von hier flöhe. . .

Ja, er beschloß, morgen zu fliehen.

Protokoll öffnete lautlos die Tür und ließ Frau von Marisch eintreten.

Reiserer erhob sich langsam, sah erschöpft aus und küßte ihr die Hand, die sie ihm mit einer Geste, die halb gewährte, halb abwies, überließ.

Sie sah blaß und gequält aus. Da er sich nicht entschließen wollte, zu reden, schwieg auch sie. Etwas Feindseliges hing zwischen ihnen, das sie beide spürten, das aber nur eines von ihnen zu überwinden wünschte: sie.

Da sie sah, daß er zu apathisch war, um aus sich herauszugehen, nahm sie selbst einen Anlauf und sagte: „Ich bin gekommen. Haben Sie mich wirklich erwartet?“

„Ich habe nicht darüber nachgedacht“, gestand er ihr.

Man sah ihm den Widerwillen an, den er zu überwinden hatte, um ihr zu antworten, um überhaupt zu reden. Er bezeugte es jetzt, sie empfingen zu haben. Immer wieder fragte er sich: wozu? Das Spiel war aus für ihn, sie sah es an seinem gereizten Lächeln.

Von den Gedanken, die unausgesprochen in ihnen lagen, ausgehend, sagte sie trotzig: „Ich muß trotzdem mit Ihnen sprechen. Ich bestehe darauf. Sie werden sich mir nicht entziehen.“

„Wozu?“ fragte er nun laut.

„Weil Sie nicht nur ein Betrüger sein können! Deshalb!“

Erst jetzt bemerkte er, daß sie jene Papiere, die er ihr vor acht Tagen verkauft hatte, wieder mitgebracht hatte. Sie warf sie auf den Tisch. Die Gesellschaft, deren Aktien sie waren, hatte gestern liquidiert. Sie waren wertlos.

(Fortf. folgt.)

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

10.

Es war März geworden, und Reiserer hatte sich entschlossen, einige Wochen in die österreichischen Alpen zu reisen. Es war nicht allein Erschöpfung, was ihn trieb, der Arbeit den Rücken zu kehren. Er wollte einige Wochen wieder einmal der sein, der er früher gewesen war, ein harmloser Mensch, der dem Leben nicht mit dunklen Absichten zu Leibe ging. In Berlin war das nicht möglich, hier galt allein seine Wäsche. Ob er diese Wäsche wirklich würde abwerfen können, darüber war er sich freilich noch nicht ganz klar. Oft dünkte es ihn, als ob er mit ihr schon verwachsen wäre, oder als ob das, was er für seine Wäsche hielt, in Wirklichkeit doch er selber war. Protokoll bereitete die Reise vor.

In ihm hatte Reiserer einen Diener gefunden, wie ihn ein Mensch, der nicht für und nicht mit, sondern gegen und ohne die Mitmenschen lebte, brauchte. Es wäre nicht leicht gewesen, zu sagen, wie alt Protokoll war: man konnte ihn ebenso gut auf dreißig wie auf vierzig Jahre schätzen. In seinem glatt rasierten, gelben Gesicht regte sich kaum je eine Falte. Die Haltung seines langen, geschmeidigen Körpers war jederzeit gerade, sein Gang, seine Bewegungen drückten Bestimmtheit aus und waren doch leicht. Er sprach nur, wenn man ihn fragte, und seine Antworten klangen knapp, sachlich und treffend. Er war immer zur Stelle, wenn man ihn brauchte, und verschwand sofort, wenn er sah, daß er zu verschwinden hatte. Er war ein bis ins Vollkommenste ausgeführter Automat, der geräuschlos arbeitete und der doch dachte.

Reiserer zahlte ihm mehr als jedem anderen seiner Angestellten. Protokoll war der einzige, dem er wohl wollte und von dem er mit Bestimmtheit wußte, daß auch er an ihm hing. Er war Reiserers Schatten. Er las seinem Herrn die Wünsche von den Augen ab, und er fand immer die richtige diskrete Form, sie zu erfüllen, ohne daß man eigentlich sah, wie er es machte. In viele intime Angelegenheiten seines Herrn war er eingeweiht, in die ihm dieser oft mit drei, vier hingeworfenen Worten Einblick gewährte. Dabei verstieg sich Protokoll doch nie dazu, eine Meinung, ein Urteil zu äußern. Er hatte wohl ein Ohr, das aufnahm, dafür keinen Mund, der zurückgab. Und sein Dienen war keine Arbeit, sondern eine Hingabe. Er liebte seinen Herrn.

Früher, d. h. am 1. Oktober d. J. wird die Allgemeine Berliner Liniens-Gesellschaft mit Genehmigung des Berliner Magistrats die frühere Autobuslinie 11 von Roabit nach Neudölln wieder in Betrieb setzen. Die Wagen dieser Linie berühren die Linden, durchfahren die Charlottenstraße, kreuzen am Volksparkplatz und endigen am Hermannplatz in Neudölln.

Ein Sturm der Sparrer hatte dieser Tage auf die Friedrichshagener Kommunalbank infolge Ausbreitung eines falschen Gerüchtes eingelegt. Offenbar ein Beweis dafür, daß man diesem kommunalen Zwerginstitut wenig Leistungsfähigkeit zutraut. Wir nehmen auch nur deswegen Notiz davon, weil Friedrichshagen die offizielle Zentrale der Los-von-Berlin-Bewegung ist und weil die Antreiber dieser Bewegung den Anstoß Friedrichshagens an Groß-Berlin nicht genug bedauern konnten. Nun kommt aber der „Berliner Lokalanzeiger“, der ständig mit großem Behagen in sein Nachwächterhorn: Los von Berlin! tutet, und verbreitet für die verängstigten Sparrer die tröstliche Botschaft: Man scheine in Sparrerkreisen gar nicht darüber klar zu sein, daß nach der Bildung Groß-Berlins die neue Stadtgemeinde mit ihrem ganzen Vermögen für die Verpflichtungen auch dieser Kommunalbank haften! — Sehr hübsch vom „Berliner Lokalanzeiger“: Zahlen soll der große Bruder, aber er soll es sich gefallen lassen, daß ihn die Kleinen ständig in die Beine kneten und rufen: Los von Groß-Berlin!

Doppelte Lebensrettung durch einen Jugendlichen. Ein mutiges Rettungswerk vollbrachte der 17 Jahre alte Tapezierer Herbert Herwald aus der Reuterstr. 14 zu Neudölln. Eine Sommerfriseurin, die Frau des Postbeamten Erich Senfleben aus der Schweinmünder Straße 77 zu Berlin, war in einen See hineingeknallt, obwohl durch besondere Warnungstafeln auf die Gefährlichkeit des Bodens aufmerksam gemacht worden ist. Schon nach wenigen Schritten versank sie plötzlich in die Tiefe. Ihr Ehemann, der am Ufer stand, stürzte sich gleichfalls in das Wasser, um seine Frau zu retten. Aber auch er versank ins Wasser. Herwald, der den Vorgang gesehen hatte und herbeigeeilt war, sprang den beiden Ertrinkenden nach und rettete sie nach unsäglicher Mühe. Dank seiner familiären Ausbildung gelang es ihm, die schon besinnungslos gewordene Frau wieder ins Leben zurückzurufen.

Ehre und Dank dem kühnen jungen Manne, der ein wahrer Held ist, weil er sein Leben in die Schanze schlug, um das Leben anderer zu retten.

Der Diebstahl einer goldenen Zigarrenliste hat eine ungewöhnliche diplomatische Aktion veranlaßt. Dem amerikanischen Großindustriellen C. H. Schwab war eine goldene Zigarrenliste im Wert von mehreren Tausend Dollars gestohlen worden. Ein amerikanischer Ratroffe namens William soll sie nach Deutschland gebracht haben. Durch den Chef der New Yorker Polizei kam die Angelegenheit über die Schweiz an das Auswärtige Amt in Berlin, an das Ministerium des Innern und an den Polizeipräsidenten. Die Ermittlungen führten schließlich zur Beschlagnahme des Kostens, der von dem Schneidermeister Bleiweiß-Bisch hier abgelegt und durch sechs Hände gegangen war, wobei jeder Abnehmer einen Preiszuschlag hatte eintreiben lassen. Schließlich hat ihn Bleiweiß-Bisch, dem inzwischen zur Kenntnis gekommen war, daß eine große Belohnung für die Wiederbeschaffung des Kostens ausgesetzt war, für 18 800 M. zurückgekauft. Auch ein Bruder des Bleiweiß-Bisch ist in die Angelegenheit verwickelt. Jetzt waren nun die sieben Personen wegen Hehlerei angeklagt. Gegen diese Konfuktion der Klage machten die Rechtsanwältin Dr. Walder, Justizrat Bauer und Dr. Siegf. Eisenstaedt erhebliche Einwände geltend und behaupteten schließlich, daß der goldene Kasten ganz rechtmäßig auf einer öffentlichen Versteigerung in Holland erworben worden sei. Da bei dieser Behauptung verblieben wurde, beschloß das Gericht behufs weiterer Aufklärung Vertagung.

Zur Schließung der Kinderheilstätte in Lichtenberg. Der Magistrat ist, einem Beschluß der Stadterordnetenversammlung bei-

stehend, beim Reichsminister des Innern und bei dem Minister für Volkswohlfahrt am 8. Juni 1921 vorgelegt worden und hat nachdrücklich ersucht, Maßnahmen zur Verhütung der geplanten Schließung bzw. Einschränkung des Betriebes von Heilstätten durch die Landesversicherungsanstalt Berlin zu treffen. Inzwischen ist jedoch die Schließung der Heilstätte für tuberkulöse Kinder in Lichtenberg erfolgt. Nach einer Mitteilung der Landesversicherungsanstalt waren tuberkulöse Kinder in der Anstalt nicht vorhanden. Die wenigen unterernährten Kinder die sich in der Anstalt befanden, sind in der Anstalt in Buch aufgenommen.

Termine zur mündlichen Verhandlung werden, wie der Stadtausschuß Berlin, Abteilung I-V bekanntgibt, während der Ferien, d. i. in der Zeit vom 21. Juli bis 1. September 1921 nur in schleunigen Sachen abgehalten.

Sozialdemokratisches Sommerfest. Wer erinnert sich nicht gern an die Sommerfeste, die von unseren Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise alljährlich veranstaltet wurden? Damals war man noch einig, und zu Zehntausenden fanden sich unsere Genosseninnen und Genossen mit Kind und Kegel zusammen, um einmal nach schweren Arbeitstagen in großen Kongressgärten sich in parteigenössischer Weise an Musik, turnerischen Aufführungen und allerhand Volksbelustigungen zu ergötzen. Der Krieg und später seine Nachwirkungen hatten es unmöglich gemacht, derartige Feste zu veranstalten. Unsere Genossen im Kreis Prenzlauer Tor werden am Sonntag, den 10. Juli, im „Alten Steuerhaus“, Landsberger Allee (neben dem Ringbahnhof) ein solches echtes Arbeiter-Sommerfest veranstalten, und sie hoffen, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl wieder wie einst viele Tausende auf einige Stunden bei Frohsinn und Kameradschaftlichkeit vereinigt. Auch für die Kinder ist aufs Beste gesorgt. Der Eintrittspreis beträgt 2 M. inklusive Steuer und Programm. Kinder haben freien Eintritt.

Groß-Berliner Parteinaudrichten.

Das Geschäftsreferat Berlin SW. 19. In den Zeilen 28. ist bis zu seiner Beilegung nach der Lindenstraße 3, durch folgende Telefonnummern zu erreichen: Amt Sankt: 1444, 1445, 1446. Die Anrufnummern 1424 und 1425 sind nicht mehr zu benutzen. Der Bezirksvorstand.

Heute, Mittwoch, den 6. Juli:

- 8. Kreis Wilmersdorf: 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Zeichenaal der Schul-Rechenstr. 20. Vortrag des Genossen Holz und Dr. Kohl.
 - 12. Kreis Lichterfelde: 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gefangenen der Oberrealschule Ringstr. 2. Tagesordnung: Imperialismus in Rußland. Referent: Genosse Alberg. 2. Diskussions- u. Parteiangelegenheiten. Um mündliches Erscheinen wird gebeten.
 - 90. Wst. Neudölln: 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Gemeindefschule Kaiser-Friedrich-Straße 4. Thema: „Der Parteitag zu Götz“. Referent: Genosse Artur Dähler.
 - 107. Wst. Alt-Hilfende: 8 Uhr Vorhandlung bei Ringenberg, Grünauer Straße 29.
- Jugendabende: Gruppe Norden. Besuch des Teoptower Sternwarte. Treffpunkt abds. 7 1/2 Uhr vor der Sternwarte.

Frauenabende am Mittwoch, den 6. Juli:

- 167. Wst. Alt-Hilfende: 8 Uhr bei Ringenberg, Grünauer Straße 29. Vortrag des Bezirksvorsitzenden Genossen Edle.
- 140. Wst. Hiltmann: 7 1/2 Uhr bei Schulz, Hauptstr. 11. Vortrag der Genossin Scheibenhauer.

Morgen, Donnerstag, den 7. Juli:

- 4. Wst. 7 1/2 Uhr Sitzung der Elternbeiräte der Aldert, Steinmehlr. 36a. Referent: Genosse Hartlein. Thema: „Schulprogramm“. Aufser den Elternbeiräten und Schulpfleger sind auch alle sog. Eltern eingeladen.
- 12. Wst. 7 Uhr Funktionssitzung bei Rudwert, Kaufmänn. 12. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen aller Funktionäre.
- 20. Wst. 7 Uhr Sitzung der Verwaltungskommission mit den Bezirksführern. Berichtsbereitschaften, Kreis- und Bezirksreferate bei Ringenberg, Oberberger Straße 20.
- 6. Kreis: Heiliges Tor. 7 1/2 Uhr Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte der Droger, Diefendörferstr. 47. Kandidaten und Gänge willkommen. Neudölln. Nachmittags 4 Uhr treffen sich die Genossinnen der St. Wst. im Parkgarten. Bitte mitbringen. — 1 Uhr im Gefangenen der Realschule, Siedmühlstr. 10. Besprechung aller Elternbeiräte der weiblichen Schulen Neudölln zwecks gemeinsamer Arbeit.

Jugendveranstaltungen.

Mitgliederveranstaltungen am Mittwoch, den 6. Juli:

Wahnsdorf, Schule Dohmstraße. — Köpenick, bei Köpenick. — Friedrichsfelde, Schule. — Gesundbrunnen, 208. Gemeindefschule. — Groß-Lichterfeld, Altkirchstraße. — Kaulsdorf, Schule Adolfr. Str. 25. — Kaulsdorf, Eld. Sauerland-Rathaus. — Lichtenberg, Parlaue 10. — Prenzlauer Vorstadt, Sauerlandstr. 47. — Tempelhof, Ensemble Germaniastraße. — Wedding, Müller, Ecke Teufelsdr. — Weichen, Raugemeinschaft. — Wilmersdorf, Schule, Vortrag: „Stenografie, 2. Teil“. — Köpenick, Westel, Schule Brunnengr. 128. Vortrag: „Geschichte der Welt“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebene, Bezirk Berlin V SW. Donnerstag, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Habelbrunnstr. Bergmannstraße. — Ortsgruppe 9 RD. Für Hinterbliebene, Mittwoch, den 6. Juli, 7 1/2 abends Versammlung Unions-Festhalle, Ortelswalder Straße 22. — Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Bezirksgruppe Südwest, Donnerstag, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr Versammlung Hühnerstraße 61. — Gewerkschaft für Gabelbergerische Stenografie in Berlin G. U. 1/8 Uhr Vorkurs der Oberrealschule, S. 14, Döbener Straße 113 und Hotel „Deutscher Hof“, Ludower Straße 13. — Stenografenverein Stadt-Schwarz, Nordwest, Übungen für Damen und Herren Dienstag, 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, 120. Gemeindefschule, Gartenstr. 107a.

Sport.

Das Arbeiterportallied Reinickendorf veranstaltet am 10. Juli 1921 ein Sommerfest im Bürgergarten, Reinickendorf-Str. Hauptstraße 1081. Alle Vereine Reinickendorfs wirken bei den Aufführungen mit. Turnische Vorführungen, Kunstgymnastik, Reigen, Kunstfließen, Musik, Theater auf großer Gartenbühne, Fußballspiel zweier Mannschaften im Saal. Auf dem großen Platz findet ein Schachspiel mit lebendigen Figuren in Sportkleidung statt. Beginn 8 Uhr, Eintrittspreis 1,50 M.

Aus aller Welt.

Dachstuhlbrand im Breslauer Telegraphenam. Montag abend 10 1/2 Uhr brach im Breslauer Telegraphenam ein Dachstuhlbrand aus, der erhebliche Betriebsstörungen im Gefolge hatte. Die aufgestellten Telegraphen konnten infolgedessen nur mit der Briefpost befördert werden. Behebung der Störungen ist jedoch in Kürze zu erhoffen.

Geheimnisvolles Verschwinden zweier Bürgermeister. Seit Mittwoch abend sind Oberbürgermeister a. D. Busse aus Herford in Westfalen, der mit einem in Heidelberg wohnenden Bürgermeister a. D. Werner einen Spaziergang unternommen hatte, vermisst. Man befürchtet, daß ihnen ein Unglück zugefallen ist.

Auf einem Woigodampfer verbrannt. Bei dem Brand eines russischen Dampfers auf der Wolga kamen mehrere hundert Passagiere ums Leben, darunter der Bischof von Rowgorod, mehrere Universitätsprofessoren, die zu Unterrichtszwecken nach dem Kaukasus reisten, und eine Abteilung russischer Geheimpolizei. Aus der Anwesenheit der letzteren auf dem Schiffe schließt man, daß der Brand infolge eines Anschlages, der gegen diese Geheimpolitisten geplant wurde, entstanden sei.

Briefkasten der Redaktion.

F. R. 38. Bei Nichteingang mit dem Hauswitz muß das Nichteingangamt entscheiden, das die Nichtboure anderweit festlegen kann. — Nachschreibung. Erheben Sie Klage gegen den Hauswitz auf Beilegung der Störung. — G. R. 1. Nein. 2. Erheben Sie Klage zunächst an den Rentenausschuß für Relegationsverhältnisse und Kriegsgeld in Coblenz. — Witten. In drei Jahren. — G. R. 13. 1. Nein. 2. Bitten Sie das Rentenausschussamt entscheiden. — G. R. 21. Vom 1. April 1922 ab. — 2. Ja. Das Verfahren ist gesetzlich zulässig. Die Substanz dürfen aber nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden. — G. R. 18. In der Regel wird die Ermächtigung ohne weiteres erteilt. — G. R. 109. 1. Den dreifachen Jahresbeitrag der zuletzt bezogenen Rente. 2. Die bisher für das Kind gewährte Rente. — R. R. 48. 1. Den Vermieter. 2. Wenn nichts anderes vereinbart und der Mieter nach Selbstschulden bemessen ist, nach dem Ablauf der einzelnen Zeitabschnitte. Sie dürfen zur Zahlung vom 1. Januar ab verpflichtet sein.

DISCONTO-GESELLSCHAFT BERLIN

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland

Bankmäßige Geschäfte aller Art

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1920 ist erschienen und kann durch unser Archiv und unsere Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche Anforderung kostenlos bezogen werden

KAPITAL UND RESERVEN M. 650 000 000

Kriege bleiben möglich.

Kopenhagen, 5. Juli. (B.T.) Auf dem Nordischen Interparlamentarischen Kongress leitete Branting, Schweden die Diskussion über das internationale Abrüstungsproblem ein. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die oberschlesische Frage. Falls bei der Lösung dieser Frage auf die Ansicht des deutschen Volkes keine Rücksicht genommen werde, so würde das Ministerium Branting, das bei den Westmächten Vertrauen besitze, in eine äußerst schwierige Stellung kommen; die Situation könne dadurch sehr gefährlich werden. Branting fuhr fort: Leider ist der Völkerbund nicht so stark, wie es wünschenswert wäre. Durch die Lösung der Abrüstungsfrage ist er nicht gestärkt worden. Man kann sich nicht darüber wundern, daß die großen Nationen kein besonderes Vertrauen zum Völkerbund haben. Man muß daran denken, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit Schwierigkeiten verbunden ist, daß Amerika andauernd außerhalb steht, daß Rußland das große Fragezeichen ist und daß in Japan der Imperialismus weiterhin blüht. Deshalb kann man leider nicht sagen, daß in Zukunft der Krieg ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Spanisch-französischer Konflikt.

Die Uebertragung der Hafenaubarbeiten in Tanger an die dant Versailles französische, ehemals internationale Gesellschaft, beschäftigt die spanische Presse andauernd. Sie erhebt gegen Frankreich schwere Vorwürfe. Die spanische Regierung hat in Paris protestiert, aber offenbar nichts ausgerichtet, denn sie ist zurückgetreten.

Wir wollen diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen, um nach Spanien zu rufen, daß wir in Deutschland keine ehrliche und mutige Neutralität so wenig vergessen, wie das Eintreten verschiedener spanischer Zeitungen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit auch dem Besiegten gegenüber!

Polnische Herrschaft.

Die russischen Emigranten, die flüchten mußten vor der Sowjetregierung — und es gibt ihrer sehr viele der verschiedensten Parteien, Sozialisten, Kadetten, Reaktionäre —, sie geben von ihren Zufluchtsstätten aus eine ganze Reihe von Zeitschriften, Zeitungen oder auch nur periodisch erscheinende Flugblätter heraus, die in der verschiedensten politischen Beleuchtung Nachrichten aus Rußland bringen und die Vorgänge des osteuropäischen Riesenreiches besprechen. Eine dieser Wochenzeitschriften heißt „Pour la Russie“ (Für Rußland) und erscheint in Paris.

In der Nummer dieser Zeitung vom 30. Juni veröffentlicht A. Kerenky einen Artikel unter der Ueberschrift „Honte“ (Schande). Der Artikel beschäftigt sich mit dem Schicksal jener früheren russischen Bevölkerungssteile, die keine Katholiken sind, die sich nicht zur polnischen Nationalität bekennen und die gleichwohl an Polen gelangt sind.

Ueber den Segen der polnischen Herrschaft gibt dieser Artikel erneut Aufklärung. Wir sehen wörtlich einige Ausführungen Kerenkys hierher:

Nichts ist übrig geblieben von den erhabenen hohen Träumen der Propheten polnischer Freiheit. Aus allen Ecken und Enden der Provinz Cholm, Podolien, Podolien, Galizien, Wolhynien und Weißrußland klingen zu uns Klagen und Seufzer. Die Massen der russischen Bauern erstickten, erschöpften sich dort unter dem Druck der Willkür und Gewaltthätigkeit, und die herrscht nur aus dem einzigen Grunde, weil die Einwohner keine Polen, weil sie keine Katholiken sind.

Und an anderer Stelle des Artikels finden sich folgende Sätze: Was sich an den östlichen Randgebieten Polens abspielt, ist nur ein Tropfen in dem Meer von Leiden und Erniedrigungen, in dem alle jene Russen, Litauer, Ukrainer, Juden, Weißrussen zu ertrinken drohen, alle jene, die in ihrem Unglück nicht Polen von Geburt sind.

Für Rußland ist der Bestand und das Bestehen eines unabhängigen Polens nicht eine Kaprice und nicht das Ergebnis einer Gefühlswallung; es ist eine historische Notwendigkeit für Rußland. Im Namen unserer gemeinsamen Zukunft, im Namen unserer Freiheit und der Euren erheben wir russische Revolutionäre und russische Demokraten unsere Stimme gegen die Schande, die sich jetzt im breiten Polen abspielt.

Solch ein Protest findet freilich ein Echo in einzelnen sozialistischen Organen Polens. Daß er aber Beachtung findet bei den regierenden Kreisen in Frankreich, ist sehr unwahrscheinlich, und daß er Beachtung findet bei den heute regierenden Kreisen in Polen, muß man leider als ausgeschlossen betrachten.

So ist es denn verständlich, daß Kerenky in seinem Artikel eine düstere Zukunft für Polen voraussetzt, wenn es nicht der polnischen Demokratie gelingen sollte, die Gewaltthätigkeiten und die Willkürherrschaft zu beseitigen, die heute das polnische Regiment kennzeichnen.

Der Moskauer Kongress.

Terlof, 5. Juli. (D.C.) Am 1. Juli sprach Kadek über die „Taktik der Kommunistischen Internationale“, die nur durch Bildung von Massenparteien das Proletariat weiter revolutionieren könne. Die deutsche Majorität sei daran gescheitert, daß die Massen nicht genügend vorbereitet waren. Die Taktik der italienischen sozialistischen Partei wurde durch Bazzari und Rassi verteidigt, die eine energische Zurückweisung durch Lenin und ebenso durch Clara Zetkin fanden, die den entschiedenen und sofortigen Bruch mit den Reformisten forderten. Die nach einigen weiteren Reden Trotzky u. a. vom Kongress einstimmig angenommene Resolution verlangt von den italienischen Sozialisten die sofortige Entfernung der Reformisten aus der Partei, widrigenfalls die italienische Partei aus dieser Internationale ausscheide. Der KAPD wird unter Androhung des Ausschlusses das Ultimatum gestellt, sich binnen kurzer Frist mit der KAPD. zusammenzuschließen.

Weltrevolution verschoben.

Stockholm, 5. Juli. (E.P.) Der schwedische Kommunist Hoeglund äußert sich, eben aus Moskau zurückgekehrt, gegenüber einem Vertreter von „Folkets Dagblad“ (Komm.) über die kommunistische Weltrevolution. Lenin und Trotzky hätten sich vollkommen über die zukünftige Politik geeinigt. Sie seien sich darüber klar geworden, daß die Weltrevolution nicht unmittelbar bevorstehe, daß sie sich vielmehr in einer langen Zeitperiode abspielen werde. Hiernach habe man in Moskau die Politik eingestellt.

Riga, 5. Juli. (E.P.) Nach Redungen aus Sowjetrußland gestalten sich die Lebensmittelpreise mit jedem Tage schwieriger. Die Judenpogrome in der Ukraine dauern fort. Es wird behauptet, daß in 400 Städten 100 000 Juden ermordet worden und ihre Häuser geplündert sind.

Trotz Friedensschluß Fascistentum. In Ostri Ponente gaben Kommunisten Schiffe auf eine Gruppe Fascisten ab, die „ohne feindliche Absichten“ an der Arbeitskammer vorbei gingen. Die Karabinieri machten von der Waffe Gebrauch. Drei Personen wurden verwundet. Die Kommunisten hoben sich in der Arbeitskammer verhalten, wo sie von Fascisten und Karabinieri belagert werden.

Ein deutsches Konsulat in Liverpool ist errichtet worden. Adresse: Liverpool 8, Alexandra Terrace, Princes Road.

Tscheidse in Berlin.

Die Funktionärerversammlung der S.P.D. begrüßte am 5. Juli in den Germania-Sälen eine Delegation der Georgischen Sozialdemokratie. Genosse Tscheidse, mit lebhaftem Beifall empfangen, führte aus: Parteigenossen! Ich begrüße Sie im Namen der georgischen Sozialdemokratie, des georgischen Proletariats und des georgischen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Warum sind wir jetzt zu Euch gekommen, wo Ihr selbst soviel Sorgen habt, wo Ihr selbst den Aufbau eines neuen Staates durchzuführen müßt? Wir sind gekommen, weil unsere Aufgaben den Euren gleichen. Es gab eine Zeit, wo Ihr noch nicht wissen konntet, daß irgendwo weit an den Pforten Asiens am Schwarzen Meere, in Georgien, dieselbe Arbeit geleistet wurde wie bei Euch, die Arbeit der Sozialdemokratie. Es war Euch nicht bekannt, daß wir in unserem kleinen Lande mit Aufmerksamkeit alles verfolgten, was hier in der Arbeiterbewegung vorging, wie wir jedem Worte Eures August Bebel und Eurer anderen Parteiführer lauschten. (Lebhafter Beifall.) 30 Jahre hindurch führten wir dort unsere Arbeit als Eure Schüler und in Eurem Geiste. (Beifall.)

Die georgische Sozialdemokratie war die getreueste und konsequenteste Schülerin der alten deutschen Sozialdemokratie. Nach dreißigjähriger Arbeit unter dem zaristischen Regime, unter dem Terror der zaristischen Bajonette war uns der glänzendste Erfolg beschieden. (Beifall.) Als mein Land noch zu Rußland gehörte, hat meine Partei in den ersten Reihen der russischen Revolution gekämpft, und sie hat viel dazu beigetragen, daß die Revolution siegreich wurde.

Als es uns nun gelang, als Errungenschaft dieser Revolution einen eigenen demokratischen Staat aufzubauen, da fanden sich Leute, die erklärten, daß dem ein Ende gemacht werden müsse. Es ist Euch klar, welche Leute uns vernichten wollten. Mit welchem Rechte frage ich? Ihr müßt natürlich, daß es die Moskauer kommunistische Regierung war, und Ihr müßt sehr gut, wer die Bolschewisten sind.

Wir sind nicht dazu hergekommen, Euch zu belehren, aber wir wollen Euch sagen, was wir von den Bolschewisten denken, denn wir haben ihr Handeln am eigenen Leibe gespürt. Nach meiner tiefsten Ueberzeugung und nach meiner Kenntnis der Dinge erkläre ich, daß sich der Bolschewismus in eine reaktionäre Gewalt verwandelt hat. Es wird vom Kommunismus gesprochen, aber ich muß sagen, daß in dem Handeln der Bolschewisten keine Spur von Kommunismus zu finden ist; es ist nur eine Fahne da, auf die man Kommunismus geschrieben hat, aber in Wirklichkeit gibt es bei ihnen nichts vom Kommunismus. Wir haben es mit einer grandiosen Fälschung der öffentlichen Meinung zu tun. Unter der Maske des Kommunismus, dieses hohen Ideals der Menschheit, blüht die reaktionäre Politik, deren Ergebnis unter anderem auch die Zerstörung der demokratischen Republik Georgien ist. Dort herrscht ein Terror ohne Gleichen. Es dürfte auch begreiflich sein, warum die Sowjetregierung die Georgische Republik nicht dulden konnte, denn dort wurde das Leben nach den Prinzipien des demokratischen Sozialismus geregelt und Georgien war ein lebendiger Beweis dafür, daß mit den Methoden des demokratischen Sozialismus erfolgreicher gearbeitet werden könne, als in Sowjetrußland.

Das war ein Grund, aber noch wesentlicher war der zweite. Im alten zaristischen Rußland galt Georgien mit seinen Bodenschätzen als die herrlichste Perle in der Krone des russischen Zaren. Und genau so denken auch heute die Bolschewisten, und sie befolgen auch die Taktik des Zarentums, das unsäglich war, die produktiven Kräfte des Landes zu entfallen und die darauf hinausging, fremde Länder zu rauben, um sie auszuplündern.

Kann sich Georgien damit abfinden, ein Land, das so weit vorgegriffen war, in dem der Sozialismus der Verwirklichung nahe war? Kann es sich mit dem Terrorregime der Bolschewisten zufrieden geben, die Analphabeten, teilweise geradezu Banditen, zu uns gebracht haben? (Lebhafter Beifall.) Niemals wird sich das georgische Volk beruhigen. (Bravo!) Unsere Arbeiterklasse ist im Kampfe groß geworden, sie wird den Kampf weiterführen und wird das Joch des Bolschewismus genau so stürzen, wie sie feinerzeit das Joch des Zarentums gestürzt hat. Wir hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie dazu Stellung nehmen wird und unserer Sache ihre moralische Unterstützung zuteil werden lassen wird, die für uns von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Wir werden darin einen Trost in unserer Lage sehen, und wir werden darin einen Ansporn finden für unsere Arbeit.

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie, es lebe der Sozialismus! (Langanhaltender Beifall.)

Alsdann sprach Genosse Kamischwill über den Ueberfall Sowjetrußlands auf Georgien.

Die Georgische Republik, die als unabhängiger Staat anerkannt worden war, ist von den bolschewistischen Truppen besetzt worden. Wiederholt versuchte Sowjetrußland, die Georgische Republik von innen zu sprengen. Aber jeder derartige Versuch mißlang, weil er sofort von der Bevölkerung selbst unterdrückt wurde. Da entschloß sich Sowjetrußland, Georgien mit militärischer Gewalt niederzuwerfen. Nach Errichtung der selbständigen Georgischen Republik stand die Sozialdemokratie an der Spitze und genoh ununterbrochen drei Jahre lang das volle Vertrauen des Volkes. Die Verfassunggebende Versammlung setzte sich aus 102 Sozialdemokraten und nur 28 Vertretern anderer Parteien zusammen. Sie beschloß einstimmig die Unabhängigkeit Georgiens, sie nahm die völlig demokratische Verfassung der Republik an, alle politischen Freiheiten wurden verwirklicht. Der Großgrundbesitz wurde ohne jede Entschädigung enteignet. Alle Güter und Domänen wurden Staatseigentum. Güter mittlerer Größe von sozialer Bedeutung wurden von den örtlichen Selbstverwaltungen übernommen, der Rest des Grund und Bodens wurde an die armen landbedürftigen Bauern verteilt. Achtstundentag und Koalitionsfreiheit wurden verwirklicht und eine Tarifkommission auf paritätischer Grundlage geschaffen, die auf friedlichem Wege Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis regelte. Es gelang, die Arbeiterschaft mit billigen Lebensmitteln zu versorgen, die kommunale Selbstverwaltung wurde durchgeführt, eine Einkommensteuer beschlossen und ein Gesetz über die obligatorische Volksschulbildung erlassen. Ferner wurden alle Bodenschätze nationalisiert, Wabungen, Wasserkräfte, Eisenbahnen und Telephon. Der Staat besaß das Monopol auf die Hauptexportartikel des Landes, wie Manganerze, Tabak, Wolle, Seide, Kupfer usw. Die Kohlenfelder von Twiduli, die unter dem Zarenregime jährlich 200 000 Pud (1 Pud = 16 Kilo) Kohle erzeugten, förderten unter der Republik 1 200 000 Pud monatlich. Bei Grenzfreizeiten mit den Nachbarländern wurde das Prinzip der gegenseitigen Verständigung beobachtet.

Die georgische demokratische Republik war der lebendige Beweis dafür, daß man den Sozialismus nicht durch Militärdiktatur eines Häufleins Gewaltthäter erreichen kann, sondern nur durch den Willen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung verwirklichen kann.

Am 11. Februar drangen ohne Kriegserklärung Teile der russischen Armee in Georgien ein. Schließlich wurde Georgien von drei Seiten angegriffen, und als die Bolschewisten die Hilfe der Kemalisten bekamen, unterlag Georgien der Uebermacht. Georgien wurde besetzt und besetzt. Die oberste Gewalt hat das Revolutionskomitee. In Georgien gibt es nicht einen einzigen Arbeiterrat. Die freien Gewerkschaften sind als „Selbst Verbände“ der Gegenrevolution bezeichnet worden.

Die tatsächliche Gewalt liegt in den Händen des Stabes der 11. Armee, der unumschränkt herrscht, die verfassungsmäßige Versammlung ist weggejagt, die örtlichen Selbstverwaltungen sind aufgelöst. Alle Zeitungen außer den bolschewistischen sind verboten. Versammlungsfreiheit besteht nur für die Bolschewisten. Ein Reg. außerordentlicher Kommissionen bedeckt das Land und ihre Grausamkeiten kennen keine Grenzen. Im Massenverhaftungen zu rechtfertigen, inquisieren die Bolschewisten „Attentate“. Mörder und Mord ist an der Tagesordnung. Die Erregung des Volkes ist grenzenlos. Die Bauern koptifizieren die Agenten der bolschewistischen Regierung. Die Preise steigen ins grenzenlose. Die bolschewistische Gewaltthätigkeit ist von katastrophalen Folgen begleitet. Das Gespenst der Hungersnot geht um.

Die Wiederherstellung Rußlands in den alten Grenzen ist eine Unmöglichkeit. Ich hoffe, daß es dem georgischen Volke gelingen wird, sich vom bolschewistischen Joch zu befreien. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Genosse Krüger erklärte, daß die georgischen Genossen der wärmsten Sympathie der deutschen Sozialdemokraten sicher sein könnten. Gewiß wünschen wir gute Beziehungen zu Rußland, auch zu Sowjetrußland, aber es muß klar ausgesprochen werden, wo immer sich Gelegenheit findet, daß wir konsequente Gegner der bolschewistischen Methoden sind. Und auch die Bolschewisten werden bald genug einsehen lernen, daß sie nicht nur die Hilfe fremder Kapitalisten zur Wiederherstellung ihrer Wirtschaft benötigen, sondern vor allem auf die Hilfe der internationalen Arbeiterschaft angewiesen sind. (Lebhafter Beifall.)

Ueber das Referat des Genossen Graßmann über die wirtschaftliche Lage und das Arbeitslosenproblem werden wir später ausführlich berichten.

Preussische Domänenwirtschaft.

Der preussische Landtag hat am Dienstag das Gesetz über das Stimmrecht der Provinziallandtagsabgeordneten westpreussischer Kreise im ostpreussischen Provinziallandtage angenommen. In der Fortsetzung der zweiten Beratung des Domänenhaushalts wiederholt Abg. Stendel (D. Sp.) die altbekannten Angriffe auf die Ministerialität Otto Brauns.

Abg. Dr. Wendorf (Dem.) erklärte diese Vorwürfe als unbegründet. Den sozialdemokratischen Antrag auf grundsätzliche Selbstbewirtschaftung der Domänen lehnt auch er ab.

Minister Dr. Warmbold: Ich habe eine Rundfrage veranstaltet darüber, in welcher Höhe die Pachteinigungsämter für die nächsten 6 Monate die Pachtschätze festgesetzt haben. Von dem Ergebnis dieses Materials wird unsere Stellungnahme zur Veränderung der Sätze abhängig gemacht. Die Domänenverwaltung hat sich angelegen sein lassen, den Pächtern nur angemessene Preise zu stellen. Im übrigen besteht die Möglichkeit, sich wegen Festsetzung angemessener Pacht an die Pachtsämter zu wenden. Das ist aber sehr selten geschehen. Eine Kontrolle der Domänenverwaltung über die Art der Verpachtung verbietet die gegenwärtige Rechtslage. In Zukunft soll die Regierung für den Fall der Weiterverpachtung das Genehmigungsrecht erhalten. Es ist wahr, daß die Arbeiterwohnungen auf den Domänen vielfach den hygienischen Forderungen nicht entsprechen, Besserung wird angestrebt. Die Domänenverwaltung hat während des Krieges bei der Verpachtung bis zu drei Jahren neben müssen. Voriges Jahr wurden die Preise der Neuverpachtungen als zu hoch bezeichnet. Der Pachtsatz muß in den Grenzen der Leistungsfähigkeit der Pächter bleiben. (Sehr richtig! rechts.) Die

gegenwärtigen Pachtpreise sind durchaus ausreichend

und stellen eine angemessene Verzinsung dar. Die Verpachtung an den Reisibietenden soll die Regel bilden. Hat der Pächter jedoch die ihm anvertraute Domäne gut gehalten, gilt er als tüchtig, so ist ihm allerdings vor dem neuen Konkurrenten der Vorzug zu geben, wenn er einen angemessenen Pachtsatz bietet. Die Mehrzahl der Domänen war bereits vor dem 1. Juli 1919 verpachtet, bei Erlaß des Siedlungsgesetzes konnte also über sie nicht mehr verfügt werden. In den Bezirken mit ungünstiger Grundbesitzverteilung werden wir in weitestgehendem Maße Domänen zur Verfügung stellen. Die Erhöhung des Pachtpreises in Form von Naturalien wird von den Pächtern allgemein der Zahlung in Geld vorgezogen. Die Domänenverwaltung wird diesen Wünschen Rechnung tragen. In Preußen soll die Naturvollstreckung jedoch beschränkt sein auf Roggen und Weizen. Der Zustand der Domänen wird von der Verwaltung außerordentlich sorgfältig kontrolliert. Die Berichte lassen jedoch erkennen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Domänen sich in schlechtem Zustande befindet. Ueberdies wäre es für den Domänenpächter ein schlechtes Geschäft, wenn er gerade in den letzten

Jahren absichtlich eine schlechte Wirtschaft geführt hätte. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Jürgensen (U. Soz.): Durch Landgewinnungsarbeiten könnte das Heer der Arbeitslosen abgebaut werden. Auch die Arbeitslosen aus den Küstengebieten könnten hier verwendet werden. Bei den Moor kultivierungsarbeiten müssen aber die Arbeiter im Afford 10 bis 12 Stunden arbeiten (hört, hört! links.) Trotz der geringen Pachtpreise fordern die Domänenverwaltungen von den Arbeitern unerhörte Pachtsätze. Mit Rücksicht auf die ungeheure Arbeitslosenzahl muß dafür gesorgt werden, daß alle irgendwie für die Landwirtschaft geeigneten Arbeitslosen aufs Land hinausgebracht werden. Die bürgerlichen Parteien arbeiten, wenn sie für ihre Siedlungspolitik eintreten, doch für uns, denn in ganz kurzer Zeit werden sie die Früchte ihrer Politik ernten.

Landwirtschaftsminister Dr. Warmbold erklärt sich gegen einen Antrag, für Landgewinnungsarbeiten nicht 4, sondern 10 Millionen Mark in den Haushalt einzustellen. Wir kommen in diesem Jahre mit 4 Millionen Mark aus, mit mehr wüßten wir nichts anzufangen, da es schon zu spät ist.

Abg. Schulz-Neuföln (Komm.): Die Rechtsparteien reden hier im Landtag große Lüge über ihre Siedlungsfreundlichkeit, draußen wuchern ihre Anhänger mit dem Boden. Den Soldatenfriedungen ist ein wachstames Auge zuzuwenden. Von dort her kommen die „freiwilligen“ Banditen, die dem „Drang des Herzens“ folgen und in Oberfeldern die eigenen Landsteute mißhandeln und üben. Können die Agrarier, die ihren Buderprofiit in den Städten verbüßen, kein billigeres Brot erzeugen, dann sollen sie abtreten, die kleinen Bauern und Landarbeiter können schon billiger und rentabler wirtschaften.

Wittwob 12 Uhr: Kleine Vorträge, Abstimmungen über den Domänenhaushalt. — Ministerium des Innern. — Schluß 6¼ Uhr.

Der Reichsrat stimmte in seiner Sitzung vom Dienstag einer Reihe von Reichstags angenommenen Gesetzentwürfen zu, so u. a. dem Gesetzentwurf über das Einkommen aus Arbeitslohn und dem Gesetzentwurf betr. Errichtung eines Staatsgerichtshofes. Hierbei schloß sich der Reichsrat dem Beschlusse des Reichstages an, monach, der Staatsgerichtshof bei Ministeranklagen usw. beim Reichsgericht, in verfassungsrechtlichen Fragen jedoch beim Reichsverwaltungsgericht gebildet wird. Dem Gesetzentwurf betr. die Besoldung der Reichsbankbeamten wurde vom Plenum des Reichsrates zugestimmt, desgleichen dem Entwurf eines Suspendierungsgesetzes. Nach diesem Gesetzentwurf wird das gesamte Aufstufungswesen, das bisher vom Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen eigenmächtig geregelt wurde, in gesetzliche Bahnen gelenkt und besonders die Kontrolle und die Hauptpflicht der Unternehmer präzisiert. Der Reichsrat brachte dabei zum Ausdruck, daß es sich bei dieser weitverzweigten Materie um ein verfassungänderndes Gesetz handelt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf um die zehn Forderungen des ADBS.

Im Verlauf der Verhandlungen über die zehn Forderungen des ADBS. fand am 28. Juni im Reichsarbeitsamt eine größere Konferenz zwischen den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der Reichsämter unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns statt. Zugezogen war auch, da vor allem Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit in Groß-Berlin zur Beratung standen, das Landesarbeitsamt, die Berliner Gewerkschaftskommission und die Stadt Berlin. Der Vertreter des Arbeitsministeriums wies auf den Ernst der Erwerbslosenfrage hin. Trotz der neuerlichen Senkung der Arbeitslosenzahl um ungefähr 40 000, weist der Mai noch 358 000 unterstützte Erwerbslose aus, ohne die erheblich höhere Zahl der Nichtunterstützten und der Kurzarbeiter. Die produktive Erwerbslosenfürsorge konnte bisher in 7000 Fällen mit einem Aufwand von 500 Millionen Mark an Zuschüssen für rund 250 000 Erwerbslose vorübergehend Arbeit schaffen. Dazu wird die Umschulung besonders gefährdeter Fachgruppen betrieben. Jetzt handelt es sich darum, die Staatsausträge mit einem Jahresumfang von 24 bis 30 Milliarden Mark organischer in den Dienst der Aufgabe zu stellen.

Leipzig (ADB) kritisierte die bisher völlig ungenügenden Maßnahmen. Die zehn Forderungen müssen durchgeführt werden. Die Arbeiter sind bereit, das schwere Opfer der Kurzarbeit auf sich zu nehmen, wenn Regierung und Unternehmer ein gleiches tun. Verfehlen letztere diese unerlässliche Notwendigkeit, so kann nur gewaltsamer Zwang helfen. Die zu vergebenden öffentlichen Arbeiten müssen Notstandsarbeiten sein, die den Unternehmergewinn begrenzen und die Kurzarbeit durchführen.

Der Vertreter des Verkehrsministers verweist auf die außerordentliche Steigerung der beschleunigt herausgegebenen Aufträge. Wenn damit auch die für 1921 verfügbaren Mittel fast erschöpft seien, soll bereits in kurzer Frist ein Teil der für 1922 vorgesehenen Aufträge vergeben werden. Es wird auf die Möglichkeiten verwiesen, durch großzügige Restorations-, Kanal- und Straßenbauten Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Belegung des Baumarktes durch Hergabe größerer öffentlicher Mittel muß durchgeführt werden. Dabei wurde darauf verwiesen, daß infolge starker Abwanderung von Bauarbeitern in die Industrie in einigen Bezirken bereits ein Mangel an Bauarbeitern besteht, wie auch sonst ein sehr ständiger Mangel an bestimmten Facharbeitern, z. B. Kesselschmieden usw. oft die Durchführung der Kurzarbeit technisch erschweren. Hieraus erwächst (auch den Gewerkschaften) die Pflicht, die Umschulung entsprechender Arbeiterkategorien energischer zu betreiben. Auch bei den Regierungsvertretern war die Auffassung, daß alles getan werden müsse und solle, um des Arbeitslosenproblems Herr zu werden. Die Verhandlungen betrafen in erster Linie die besondere Notlage im Berliner Wirtschaftsgebiet, das allein ein Drittel aller Arbeitslosen umfaßt. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wandte für Groß-Berlin 105 Millionen Mark zu Zuschüssen auf, daneben bisher etwa 10 Millionen Mark als Beihilfe zur Renovierung alter Wohnräume.

Die Abwanderung der Erwerbslosen aus Berlin wird besonders erschwert durch den passiven Widerstand der übrigen Länderteile, Berliner Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft aufzunehmen. Die Gewerkschaftsvertreter forderten daher mit aller Entschiedenheit die Bereitstellung erheblicher öffentlicher Mittel zur Durchführung wirklich großzügiger Notstandsarbeiten, wo Berliner Finanzkraft nicht ausreicht. Die Regierungsvertreter mühten die Notwendigkeit durchgreifender Hilfe anerkennen. Zur Hebung der des ähnelnden Instanzenweges sollte eine mit starken Befugnissen ausgestattete kleine Kommission unter Einfluß der Gewerkschaften diese Aufgabe betreiben. Die Fortführung des Baus der Nord-Süd-Bahn muß schleunigst erfolgen, wobei das Reich nötigenfalls Mittel zur Verfügung stellen muß. Es finden weitere Verhandlungen in der Regierung und im Reichstag, wie auch mit den Berufsvertretungen und Gewerkschaften statt.

Zum Streik der Gutсарbeiter.

Durch die Beschlüsse der Stadtverordnetenkommission vom Sonnabend ist die Situation erheblich verschärft worden. Angesichts der entstellenden Berichte der bürgerlichen Presse ist es notwendig, noch einmal kurz die bisherigen Vorgänge zu rekapitulieren.

Der letzte Tarif der Kesselschmiedearbeiter lief bis zum 31. März 1921. Auf Grund der Bestimmungen fand im September v. J. eine Revision der Löhne statt, bei der durch Schiedspruch den Arbeitern je nach den Familienverhältnissen 5 bis 12 M. Lohnzulage pro Woche zugestimmt wurden. Im Februar forderten die Ar-

beiter Erhöhungen der Stundenlöhne um etwa 1 bis 1,60 M. Verhandlungen führten dazu, daß die Tarifdeputation dem Magistrat empfahl, eine Lohnerhöhung von 15 Proz. zu gewähren. Der Magistrat lehnte den Antrag ab, worauf die Organisation den Schlichtungsausschuß anrief. Der Schiedspruch brachte den Arbeitern wohl einige Zugeständnisse im Manteltarif, dagegen wurden die Anträge der Arbeiter in der Lohnfrage sowie im Mitbestimmungsrecht abgelehnt. Der Magistrat hat diesem Schiedspruch seine Zustimmung gegeben, die städtischen Arbeiter lehnten ihn ab. Weitere Verhandlungsversuche blieben erfolglos und am 15. Juni begann der Streik. Den Antrag des Magistrats, den Spruch zu verbindlich zu erklären, lehnte der Demobilisationskommissar ab; er empfahl aber dem Magistrat, in Sachen des Mitbestimmungsrechts Entgegenkommen zu zeigen.

Die Bemühungen, den Streik beizulegen, führten zu einer Aussprache, die am 27. Juni zwischen dem Oberbürgermeister Böck, dem Bürgermeister Ritter, dem Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission Sabath und Vertretern der Organisation stattfand. In diesen Verhandlungen erklärte der Magistrat, daß eine gleichmäßige Zulage von 30 Pf. pro Stunde dem Magistrat annehmbar erscheine. Der Verband der Gemeindefürsorge überreichte daraufhin am 29. Juni entsprechende Anträge. Wider Erwarten lehnte der Magistrat auch diese Anträge ab. Eine Ausnahme machte der Antrag, die Handwerker des Sägewerks und der Maschinenbauwerkstatt auf Grund des 6. Lohn tariffs zu entlohnen.

Da sich der Magistrat auf die ungünstige Finanzlage der Stadt berief, mühte er denn doch auch einmal den Klagen der Streikenden nachzugehen, die sie gegen die Finanzwirtschaft bei der Verwaltung der Güter erheben. Es handelt sich da nicht um allgemeine Behauptungen, sondern um ziffernmäßige Angaben, die auch im „Vorwärts“ in dem Bericht über eine Versammlung der Funktionäre des Staats- und Gemeindefürsorgeverbandes vom 19. Juni in seiner Nr. 287 teilweise wiedergegeben wurden. Diese Vorwürfe werden erneut erhoben und bedürfen einer Nachprüfung. Bemerkenswert bei dieser Bewegung ist noch die Tatsache, daß die Organisation der Großgärtner, der Landbund, in großzügiger Weise dem Berliner Magistrat seine Unterstützung leiht und daß der Berliner Magistrat diese Unterstützung mit Dank annimmt. Allein diese Tatsachen sollten den Mitgliedern des Magistrats, soweit sie auf sozialistischem Boden stehen, zu denken geben.

Der Magistrat verbreitet zur Beruhigung aller guten Bürger die Nachricht, daß er sich gestern in einer außerordentlichen Sitzung mit dem Streik beschäftigt und — nachdem die Notstandsarbeiten eingeleitet wurden, beschlossen habe, die Bewertung aller Erzeugnisse vorzunehmen und festgestellt habe, daß keinerlei Schäden für die Güterverwaltung erwachsen können. Außerdem wurde beschlossen, daß die Arbeiter, die heute die Arbeit nicht wieder aufnehmen, zu entlassen sind. Deputierte würden nicht mehr ausgegeben. Die Schlichter und sonstigen Erntearbeiter mühten sofort die Güter verlassen, sofern sie die Arbeit nicht aufnehmen. Anzunehmen sei, daß mindestens 50 Proz. aller Gutсарbeiter arbeitswillig seien. Von allen Seiten, von benachbarten Dörfern und ebenso von auswärtig, teilweise sogar von Organisationen von Gutсарbeitern, seien in großem Umfang Angebote eingegangen, die Arbeit zu übernehmen und zwar zum Teil zu „mäßigeren Tarifen“.

Was soll das heißen? Folgt der Magistrat in diesem Falle nur seiner teuren Güterverwaltung, versperrt er sich jeden Ausweg. Bei einigem guten Willen auch seinerseits, an dem es auch bei den Streikenden nicht fehlen darf, muß und wird es möglich sein, zu einer beide Teile befriedigenden Verständigung zu kommen, wozu es nun wirklich an der Zeit ist!

Der Deutsche Beamtenbund für Beamtenräte.

Der Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben:

Das Gesetz über Beamtenvertretungen, das am 23. Juni vom Reichstag verabschiedet worden ist und dessen Begründung dem Reichstag zuging, ruft in der gesamten Beamenschaft lebhaften Widerspruch hervor.

Schon der Umstand, daß die Beamtenräte des Regierungsentwurfs in Beamten-Ausschüsse umgetauft worden sind, ist ein Ausdruck dafür, daß man der Beamenschaft durch dieses Gesetz nicht das von ihr geforderte Recht der Mitbestimmung bei der Regelung ihrer persönlichen und dienstlichen Angelegenheiten geben will. Die Beamenschaft muß jedoch an dieser Forderung festhalten und ist der Meinung, daß ohne ihre Verwirklichung das Gesetz für sie keine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand bringt. Nur um die tatsächliche Meinung der Beamenschaft einzuholen, wäre der Aufbau des ganzen Systems von Orts-, Bezirks- und Hauptbeamtenräten ein überflüssiger Apparat. Das

Recht der Mitbestimmung in dem von der Beamenschaft geforderten Sinne stellt keineswegs, wie auch bei der öffentlichen Reichsratsverhandlung wieder behauptet wurde, einen Eingriff in die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit dar. Die Beamten beanspruchen für sich nur das, was der Staat den bei ihm beschäftigten Arbeitern und Angestellten längst gewährt hat, ohne daß dadurch die Verfassung verletzt worden wäre. Sie müssen deswegen daran festhalten, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Beamtenrat und Behörde durch paritätische Schlichtungsausschüsse entschieden werden und nicht, wie es der Entwurf des Reichsrats will, einseitig durch die Behörde allein.

Die Beamenschaft erwartet vom Reichstag, daß er die Mängel des jetzigen Entwurfs unter allen Umständen beseitigt und den Beamtenräten die Rechte gewährt, die im Interesse der Beamten und der Verwaltung für eine befriedigende und segensreiche Arbeit der Beamtenräte notwendig sind.

Nach dem Streik der englischen Vergarbeiter.

Die Arbeit ist am Montag in allen Revieren wieder aufgenommen worden. Es sind jedoch viele Gruben noch dem vierteljährigen Streik fast reparaturbedürftig. In Südwales sind deshalb etwa 100 000 Vergarbeiter noch ohne Beschäftigung. Die Regierung hat das Ausfuhrverbot für Kohlen zurückgezogen, und sie wird versuchen, die Kohlenanläufe im Auslande rückgängig zu machen.

Angestellte Groß-Berlins! Wir weisen nochmals darauf hin, daß heute 6 1/2 Uhr im „Deutschen Hof“, Ludower Straße, eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Der Ausweg auf die Löhne der Angestellten“ stattfindet.

Referenten: Reichstagsabgeordnete Aufhäuser und Siebel sowie Paul Lange.

Erscheint in Massen und protestiert so gegen die außerordentliche Erhöhung der Beiträge für die Angestelltenversicherung. Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Textilarbeiter-Generalstreik in Lille. Der zunächst auf drei größere Spinnereien beschränkte Streik hat jetzt zum Generalstreik in der Baumwollspinnerei geführt, der sich schließlich auf die Flachspinnerei und —wederer ausdehnen wird.

Verkehrsbund. Abteilung: Post-, Fernsprech- und Telegraphenpersonal. Donnerstag, 6 Uhr, „Rosenhofer Hof“, Berlin N 24, Rosenhoferstr. 11/12. Vollerversammlung der Sektionsleitungsmitglieder, Betriebsleiter, Betriebsräte, Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. Berichtserstattung vom Betriebsleiterkongress. Ohne Mitgliedsbuch und Funktionärsbuch. Betriebsleiterausweis kein Einlaß!

Verkehrsbund. Fachgruppe 30. Automobil-, Kofferteil- und Woffenbau. Donnerstag, 7 Uhr, Versammlung im Schulhaus, Neus Jochstraße. — Fachgruppe 11. Freitag, 7 Uhr, Versammlung im Rind-Ausgang, Frankfurter Allee 113. — Bezirksverein 23. — Chemie. — Mittwoch, 7 Uhr, Generalversammlung in Siedlerstraße 11, Neus Jochstraße 11.

Freiungshilfsverband. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Cansdorfer 15.

Gutсарbeiter-Verband. Freitag, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Soziall. Versammlung aller in den Dammhau- und Unprechtbetrieben Beschäftigten: „Die kommenden Streikmaßnahmen“.

Centralbetriebsrat der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen der Stadtgemeinde Berlin O 2, Freitag, 10 Uhr, Versammlung.

Veranst. für den rebalt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; Hr. Krugger; H. Gieseler, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: 10 Pf. Einzelheft. 5 Pf. Einzelheft. 5 Pf. Einzelheft.

Kukirol

beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.



Vanflavin-Pastillen

(act. gelöst) zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle besonders bei
Grippe, Heiserkeit, Halsentzündung, Ver-
schleimung.
Erfolgreich in den Apotheken u. Drogerien.

RUDOLPH HERTZOG

BERLIN C. 2, BREITESTR. BRÜDERSTR.

INVENTUR-VERKAUF

zu besonders vorteilhaften Preisen in allen Abteilungen

Möbelstoffe

Einfarbige Ripse
ca. 128 cm breit das Meter von M. 27.- an

Gobelinstoffe
ca. 130 cm breit das Meter von M. 70.- an

Mokette
ca. 126 cm breit das Meter von M. 130.- an

Fertige Dekorationen
mit Querbehängen aus 90.- an aus Ripsstoff mit 500.- an
Leinen u. Sticker v. M. Stickerei, von M.

Tischdecken
ca. 150 x 180 cm groß von M. 75.- an

Diwanddecken
ca. 150 x 300 cm groß von M. 165.- an

Teppiche

Reichhaltige Auswahl
deutscher u. orientalischer
Erzeugnisse

Läufer, Auslegestoffe

Matten / Felle / Linoleum

Besonders zu beachten ein Posten

Zellstoff-Teppiche PM 200x300 cm groß .. M. 250.-

Haargarn-Teppiche 250x350 cm groß .. M. 585.- cm . M. 798.-

Vorleger 70x120 cm groß M. 72.50

Gardinen

Klare Stores
Tüll v. M. 75.- an Erbstüll v. M. 55.- an Etamine v. M. 80.- an

Klare Garnituren
Tüll von M. 103.- Erbstüll von M. 150.- an

Bunte Etamine-Garnituren
Fgl. 65 x 300 cm, Behg. 60 x 195 cm von M. 160.- an

Starke Erbstülle
130-160 cm, bastfarben Meter M. 6.50 7.35 9.-
150 cm, weiß Meter M. 15.75

Erbstülle mit kleinen Punkten
140 cm breit, weiß, M. 17.-18.- 128 cm breit, weiß, M. 19.-

MÖBEL Aus Holz u. Korbgeflecht für Gärten u. Balkone, Garten-Sonnenschirme Bequeme Sessel, Tisch- und Ständer-Lampen, Zimmer-Einrichtungen MÖBEL

Große Posten Reste und Einzelkleider farbig und schwarz in Wolle, Seide, Samt und Waschstoffen